

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Pub. Rose, Hasenstein & Vogler H.-G.
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Berantwortlich für den
Inseratenheil:
F. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 860

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 8. Dezember.

1893

Herrn Liebers Resolution.

Wenn man im parlamentarischen Leben in besonders großer Verlegenheit ist, dann macht man eine Resolution. Ein besseres Pflaster auf die verschiedenartigsten Wunden giebt es nicht. Namentlich im Centrum sieht man die Resolutionen, seitdem die Partei, die ihrem Grundcharakter nach oppositionell ist oder sein möchte, die Fühlung mit der Regierung nur zu gern sucht. Mit den Windthorschen Resolutionen zur ersten Caprivi'schen Militärvorlage von 1890 wurde die damalige Zustimmung des Centrums dekorirt. Jetzt ist es Herr Lieber, der etwaigen Bedenken in seiner Partei gegen die Fortsetzung der Handelsvertragspolitik durch eine großartige Resolution zu begegnen versucht. Er hat sie in der Kommission für die Handelsverträge eingebracht, und an ihre Verathung werden noch ein paar Sitzungen verwendet werden müssen.

Herr Lieber will die verbündeten Regierungen aufgesordert wissen, beim Abschluß von Handelsverträgen nicht nur Schiedsgerichte über alle aus den Verträgen entstehenden Streitigkeiten einzusezen, sondern auch auf gemeinsame Regelung des Währungssystems, des Börsenwesens und der Arbeiterschutzgesetzgebung Bedacht zu nehmen; ferner soll die berufsgenossenschaftliche Organisation der deutschen Landwirtschaft mit allem Nachdruck gefördert, endlich ein Agrarrecht geschaffen werden. Wie staatsmännisch erhaben muß sich Herr Lieber vorkommen, wenn er diese Forderung erhebt, wenn er in zehn oder zwölf Druckzellen die ganze große, vielgestaltige, innere und äußere Wirtschaftspolitik zusammenpräßt! Indem er fordert, mag es ihm vorkommen, als bedürfe es nur der Zustimmung des Reichstags, um das Verlangte auch sofort zum allgemeinen Nutzen zu verwirklichen. Man redet soviel über die sozialistischen Utopien. Hier aber thut sich das Centrum in utopistischen Allgemeinheiten derart etwas zu Gute, daß man staunen müßte, wenn die Berechnung nicht so durchsichtig wäre.

Das Centrum hat das Bedürfniß, seine inneren Schwierigkeiten zu verdecken und überhaupt eine Beschwichtigungspolitik, auch noch rechts hin, zu treiben. Dem Centrum behagt die Aussicht auf Zuspiitung des Gegenseites zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen so wenig, daß die Herren sich die Beruhigung des konservativen Agrarierthums angelehen sein lassen, als wäre es ihre eigene Parteisache. Der agrarische Brand könnte sonst gar zu leicht in die kleinen "Strohdächer" hinaübergreifen. Die Liebersche Resolution soll Balsam auf die Wunden werden, die dem Großgrundbesitz angeblich durch die Handelsverträge geschlagen werden. Wenn zu diesem Zwecke, so ganz nebenbei, eine "für die Kulturstaten gemeinsame Regelung des Währungssystems" verlangt wird, so ist das ein so füthnes Unterfangen, daß Herr Lieber sich verdient machen würde, wenn er gleich das Wie angeben wollte. Bis dahin werden die verbündeten Regierungen auch mit dem besten Willen außer Stande sein, diejenem nebelhaften Bekennniß zu einem nicht einmal erkennbaren Währungssystem Folge zu geben. Mit der Möglichkeit einer internationalen Regelung des Börsenwesens mag es noch um Einiges übler stehen, wosfern das denkbar erscheint, und nun gar die Aufrollung der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung auf dem harmlosen Wege einer Resolution bekommt etwas Spächhaftes, wenn man daran zurückdenkt, daß um dieser einen Frage willen (die in der Lieberschen Resolution nur nebenher läuft) der Konflikt zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck entstanden ist und den großen Systemwechsel von 1890 gebracht hat, ohne daß die damalige Arbeiterschutzkonferenz sichtbare Ergebnisse hinterlassen hätte.

Bei der Zusammensetzung des Reichstags ist es nicht ausgeschlossen, daß das wirtschaftspolitische Resolutionsbündel des Centrums die Mehrheit findet. Das Centrum wird begeistert die Führung übernehmen, beide konservative Gruppen, die Polen, die Antisemiten werden folgen. Durch die Einbringung der Lieberschen Resolution dürften übrigens die geschäftlichen Dispositionen geändert werden. Die Absicht war da, die Handelsverträge schon im Beginne der nächsten Woche zur zweiten Lesung zu stellen. Sollte die Verathung über Herrn Liebers Anträge die Kommission bis einschließlich Sonnabend beschäftigen, so fragt es sich, ob nach jener Absicht wird verfahren werden können.

Deutschland.

L.C. Berlin, 7. Dez. [Die Gleichheit der Parteien.] Es ist kürzlich berichtet worden, daß ein westpreußischer Lehrer wegen seiner Agitation für einen freisinnigen Reichstagkandidaten von dem Disziplinargerichtshof in Danzig seines Amtes entzweit worden ist. Da der freisinnige Kandidat, zu dessen Gunsten der Lehrer Flugschriften und Wahlzettel vertheilt hat, ein Gegner der Militärvorlage war, so hat der Gerichtshof in seiner Thätigkeit

einen Bruch der von jedem Lehrer zu betätigenden Treue gesehen und deshalb auf die höchste gesetzlich zulässige Strafe erkannt. Die Härte derselben springt um so mehr in die Augen, wenn man sich erinnert, daß kurz vorher einem Gymnasiallehrer gegenüber die wegen seiner Unterschrift unter einem aufzufreisenden antisemitischen Flugblatt ihm zufolge milde Strafe eines Verwulses von dem Minister für noch zu scharf befunden wurde, und letzterer eine väterliche Erwähnung für ausreichend hielt. Wenn man sich dabei gegenwärtig hält, wie der Reichskanzler sich über den fittlichen Werb der antisemitischen Bewegung ausgesprochen hat, so muss es doppelt überraschen, daß der Danziger Disziplinargerichtshof für das angebliche Vergehen eines Zugenderziebers, der eine keineswegs besonders hervortretende Thätigkeit im Interesse einer Partei entwickelt hat, gegen die jedenfalls keine fittlichen Bedenken vorliegen, nicht anders als durch Vernichtung seiner Existenz abhenden zu sollen glaubte. Das preußische Disziplinarrecht kennt Dienstentlassung als Strafe für das außerordentliche Verhalten eines Beamten nur, wenn er sich dadurch "des Ansehens und Vertrauens, das sein Beruf erfordert" unwürdig zeigt. Allerdings hat es in den verschiedensten Verwaltungszweigen nie an Verlügen gefehlt, dieser Bestimmung eine Deutung zu geben, die es schon als Verleugnung der Amtsqualität ansieht, wenn der Beamte es wagt, sich in politischen Dingen öffentlich in einen Gegensatz zu den Anschauungen der leitenden Stellen zu setzen. Befindet er sich in einem solchen Gegensatz, so soll er verpflichtet sein, sie wenigstens nicht in der Offenlichkeit kund zu geben. Aus dieser Anschauung heraus ist auch jener kaiserliche Erlass von 1881 hervorgegangen, auf dem das Urtheil des Disziplinargerichts steht. Nun haben wir aber gerade bei den letzten Wahlen gesehen, daß zahllose politische Beamte in hervorragender Stelle, namentlich Landräthe und Regierungspräsidenten keinen Anstand genommen haben, die gefämmte wirtschaftliche Politik der Reichsleitung mit einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit zu bekämpfen, zu der sich ein Gegenstück nur in dem Kampfe des reactionären Beamtenthums gegen die "neue Alexa" findet. Man hat nichts davon gehört, daß diesen Gegnern der Regierung gegenüber von jenem kaiserl. Erlass Gebrauch gemacht worden wäre. Aber der vereinzelte Fall, daß ein armer Schulmeister sich erfreut, für die Wahl eines Freisinnigen zu wirken, darf nicht ungesühnt bleiben. Die Ungleichheit des Verfahrens dort und hier springt in die Augen und es kann nicht ausbleiben, daß sich in weiteren Kreisen dadurch die Meinung festsetzt, daß die Rechte der Beamten sich nach der einen politischer Parteistellung abstußen, daß dem konserватiv gesinnten Dinge gestattet sind, die in sehr viel geringerem Umfange schon bei dem Freisinnigen als unmenschlich zu strafendes Verbrechen gelten. Man wird das im Interesse der Gemeinnütztheit und namentlich auch im Interesse der Regierung nur aufrichtig bedauern können, denn es wäre eine sehr üble Illustration zu dem Sake der Verfassung, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind. Im vorliegenden Falle aber entnehmen wir aus der Nachricht, welche der Kultusminister jenem anderen Lehrer gegenüber bewiesen hat, die Erwartung, daß er auch für die außerordentliche Härte des Spruchs der Danziger Disziplinarakademie Verständnis habe und es zu verhindern wissen wird, daß der betreffende Beamte aus einem solchen Grunde existenzlos gemacht wird.

* Berlin, 7. Dez. Der deutsche Militarismus, der nach der Behauptung gewisser Leute lediglich ein Phantasiengebilde "militärfindlicher" Mögler ist, scheint eden wieder eine sehr bezeichnende Blüthe treiben zu sollen. Wie hiesige Blätter zu melden wissen, soll gegen den Reichsanwalt Hertwig, den einstigen Vertreter Ahlwardts und des vielfrequentierten Ingenteurs Paach, der erst kürzlich eine militärischerweise über ihn verhängte dreimonatige Festungsstrafe verbüßt hat, ein weiteres militärgerichtliches Verfahren eingeleitet sein wegen jenes Verhaltens im "Judenflintenprozeß". Hertwig habe, so heißt es, in seiner damaligen Rede zur Vertheidigung Ahlwardts die Offiziere und die militärischen Sachverständigen "angegriffen". Man mag über Ahlwardt und seine "Judenflinten" denken, wie man will, unter allen Umständen wird man zugeben müssen, daß der Vertreter des Angeklagten die Pflicht hatte, alle zu dessen Gunsten beizubringenden Momente vorzuführen. Wenn er dabei einzelnen Offizieren und Sachverständigen entgegengetreten ist, so hat er lediglich gehan, was seines Amtes war und was er ihm durfte, denn wenn er sich irgendwelche Ausschreitung oder Ungehörigkeit hätte zu Schulden kommen lassen, so würde ihn der Gerichtspräsident, der die Disziplin im Gerichtssaale ausübt, zur Droning gerufen haben. Daß dies geschehen sei, ist nicht bekannt geworden und man darf deshalb wohl annehmen, daß nichts derartiges vorgekommen. Wenn bei solcher Sachlage die Militärbehörde sich veranlaßt sieht, gegen den Reichsanwalt, der als solcher lediglich sein Recht ausgeübt und seine Pflicht gehan hat, in seiner Eigenschaft als Reserve-Offizier vorzugeben, so liefert das nur einen neuen Beleg für die leider sehr alte Erfahrung, daß in Deutschland die Militärbehörden ihren besonderen Codex haben, der mit den Anschauungen des Bürgers über das, was Rechens ist, nur zu oft in schnellendem Widerspruch steht. Es klingt, meint die "Frlg. Btg.", in einem Augenblick, da noch die Erklärungen des bayerischen Kriegsministers über das Duell frisch in aller Gedächtnis sind, einigermaßen naiv, wenn ein ultramontanes Blatt zu dem Falle Hertwig meint: "Wohin würden wir kommen, wenn Anwälte, Richter und Staatsanwälte, die zugleich Reserve-Offiziere sind, bei ihren amtlichen Funktionen vor Gericht nicht lediglich nach den Pflichten ihres Amtes auftreten, sondern gegenüber Offizieren und militärischen Sachverständigen eines solchen Verhaltens sich befestigen müssen, daß sie nicht nachher noch in einem militärgerichtlichen Verfahren zur Verantwortung gezogen werden können." Nicht, wohin wir kommen würden, sondern wohin wir gekommen sind, hätte die Frage lauten müssen.

In einer Berliner Korrespondenz der Münchener "Allg. Btg." über den Jesuiten-Antrag lesen wir: "Die Stellung der preußischen Regierung ist aus einer Neuersetzung des Ministerpräsidenten Frhrn. von Crailsheim zur Redemptoristenfrage in der bayerischen Abgeordnetenkammer zur

Inserate, die schlaghafteste Petizie über deren Raum
in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Genüge bekannt; außerdem liegen auch Neuerungen
des Kaisers vor, welche eine Zustimmung der Krone
Preußen ein für alle Mal ausschließen dürfen."

Gegen die Reichswirtschaft haben jetzt die Altesten der Berliner Kaufmannschaft, die Vorsteherämter der Danziger, Königsberger und Stettiner Kaufmannschaften, das Altonaer Kommerz-Kollegium und der allgemeine mecklenburgische Handelsverein sowie die norddeutschen Handelskammern, u. a. auch die in Posen, eine gemeinsame Petition an den Reichstag gerichtet, welche der Resolution der Delegirten norddeutscher Handelskammern vom 29. November, die auf einer Konferenz in Berlin beschlossen wurde, entspricht. Unter eingehender Motivierung wird die Unannehmbarkeit des Grundgedankens des Entwurfs dargelegt und unter präziser Zusammenfassung aller dagegen sprechenden Momente um die Ablehnung desselben ersucht.

Das neueste Vierteljahrheft der Statistik des Deutschen Reichs enthält die vorläufigen Mittheilungen über die deutsche Kriminalstatistik für 1892. Es hat sich danach die Zahl der Personen, die wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurtheilt sind, gegen das Vorjahr sehr erheblich vermehrt; sie betrug 422 326 gegen 391 064 im Vorjahr. Es ergibt dies eine Zunahme um 31 262 Personen oder nahezu 8 Prozent. Diese Zunahme erstreckt sich auf alle Gattungen von strafbaren Handlungen. Die Kriminalstatistik bietet somit ein recht trauriges Bild; sie wird einen erneuten Ansturm gegen unsere Strafgesetzgebung und ein wiederholtes Verlangen nach Verschärfung der Strafen und Strafmittel verursachen. Wir glauben aber, meint sehr zu treffend die "Böss. Btg.", daß die Schäden weniger in den Strafgesetzen und der Strafvollstreckung als auf dem sozialen Gebiete liegen, und daß zum größten Theil die schlechten Erwerbsverhältnisse und die Theuerung der Lebensmittel an der starken Zunahme der Kriminalität im letzten Jahre schuld sind.

An die Eisenbahnschaffner auf den Staatsbahnen ist, wie wir bereits berichtet haben, über die Erhebungen der Platzgebühr für nummerierte Sitze eine Dienstanweisung dahin ergangen, daß der Einwand der Reisenden, keinen nummerirten Platz einnehmen, sondern sich in dem Durchgang des Wagens aufzuhalten zu wollen, belanglos ist und von der Platzgebühr nicht befreie. Der "Reichsbote" bemerkte hierzu:

Die Eisenbahnschaffner besteht also hartnäckig auf ihrem Schein, obwohl sie sich damit in Widerspruch mit ihren Absichten und dem Publikum zugleich setzt. Sie schafft sie einen durchgehenden Zug mit gedekten Übergängen, dessen Hauptvorzug doch also in dem freien Verkehr der Wagen untereinander und dem erleichterten Austausch ihrer freien Bläze besteht, und dann nagelt sie den Reisenden auf einen bestimmten Platz fest, den er auch nicht wechseln darf, wenn sich ihm im Zuge andere, bequemere Bläze zu Dutzenden bieten. Und für diese Extrabelastigung, wo der Reisende geradezu nummerirt wird, muß er noch einen Aufschlag bezahlen. Da ist jeder Reisende, der sich in einem geschlossenen Abteil frei bewegen kann, besser daran, als in solchen Durchgangs zu zügen. Wozu ist nun das schöne Geld bei der Konstruktion der teureren Harmonikazüge angelegt? Damit sich der Schaffner frei von einem Ende zum andern bewegen kann!

Wie aus Petersburg berichtet wird, werden auf Veranlassung des Barons von den russischen Regimenter, deren Chef Kaiser Wilhelm II. ist, photographische Gruppenbilder angefertigt, die diejenigen zum Weihnachtsfeier wahrscheinlich durch eine Deputation des Offizierkorps überreicht werden sollen. Außerdem großen Aufnahmen, die die Truppen vor ihren Kasernengebäuden in Parade zeigen, wird auch eine Sammlung kleinerer Bilder zusammengestellt werden, die Scenen aus dem Felddienste darstellen. Die Bilder werden von einer von allen Offizieren unterschriebenen Adresse begleitet sein, deren Inhalt nicht nur auf das weihnachtliche Gelehrte hinweisen soll, sondern auch noch nachträglich Glückwünsche zu der glücklichen Abwendung der Gefahr bei dem Orlanger Attentatsversuche enthalten wird. Der Kaiser in soll eine von den Damen der russischen Offiziere gearbeitete kostbare Tischdecke zugesetzt sein, die bei derselben Gelegenheit überreicht werden soll.

* Hamburg, 6. Dez. In der heutigen Bürgerschaftssitzung verlas der Präsident eine Senatsmittheilung, daß der Entwurf des Staatshausbals für 1894 mit 7 771 000 Mark Gehalt abzuschließe. Zur Deckung werden ein Buschlag von 55 Prozent zur Einkommensteuer, eine Erhöhung der Gewerbesteuer, die Einführung einer Firmensteuer empfohlen. Von dem Buschlag sollen die Einkommen unter Tausend Mark befreit bleiben.

* Stuttgart, 6. Dez. Der hiesige freisinnige "Beobachter" verzeichnet das Gerücht, der Urlaub des Gesandten am Berliner Hofe, v. Moeller, habe seinen Grund darin, daß der Präsident des Staatsministeriums, v. Mittnacht, im Bundesrat bei der Verathung des Weinsteuergefeckes die Neuersetzung hat, die Vorlage würde einen Vertragsbruch bedeuten, der nicht geeignet wäre, die deutsche Einheit zu festigen. Dieses Wort sei an allerhöchster Stelle in Berlin so über vermerkt worden, daß kurz darauf Herr v. Moeller einen funkschallenden Urlaub erhielt. Hieran schließt sich das Gerücht, der Kaiser habe in Bebenhausen, wo er im vorigen Monat als Gast des Königs weilte,

einen Aufenthalt im Urnuth über die Opposition Württembergs in der Weinsteuerfrage abgeturzt.

* Stuttgart, 6. Dez. Der verstorbene württembergische Minister des Innern, v. Schmidt, war einer jener Katholiken, welchen durch Aufnahme in das katholisch theologische Konvikt zu Tübingen die akademische Vorbildung zur administrativen Laufbahn erleichtert wurde. Er wurde zunächst Bürgermeister in dem katholischen Städtchen Munderkingen; in dieser Stellung schloß er sich als einer der ersten der nationalliberalen Partei an und war lebhaft für sie thätig, schriftstellerisch und agitatorisch. Später trat er als Abgeordneter in die württembergische Kammer ein, vertrat dann längere Zeit Württemberg im Bundesrat und wurde zuletzt als Nachfolger Hölders Minister des Innern.

Parlamentarische Nachrichten.

* Berlin, 6. Dez. Abgeordnete aller Parteien haben jetzt im Reichstage eine Interpellation eingebracht dahin gehend, ob die Regierung geneigt seien, angehört der schlechten Reichsschule eine Verlängerung der Geschäftsstunden bis 10 Uhr abends am 24. und 31. Dezember eintreten zu lassen. — Im Reichstage haben die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und Genossen zwei schleunige Anträge eingebracht, der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die gegen die Abgeordneten von und Dr. König anhängigen Strafverfahren wegen Beleidigung für die Dauer der Session eingestellt werden.

Italien.

* Endlich haben die neuen Minister am Donnerstag dem König den Dienst eid geleistet. Sie versammeln sich dann zur Weiterberatung und Feststellung des Regierungsprogramms, über welches, so seltsam es klingt, noch keine Einigung erzielt wurde. Ueber den Inhalt des Programms verlautet Folgendes:

Im Allgemeinen beabsichtigt man, 15 bis 20 Millionen durch Erparungen, 50 bis 60 Millionen durch Steuern aufzubringen; aber wo die einen und die anderen gesucht werden sollen, darüber gehen die Ansichten noch weit auseinander. General San Marzano, welcher zur Übernahme des Kriegsministeriums befohlen wurde, ist überzeugt, daß 285 Millionen für eine Organisation von zwölf Armeecorps ungenügend sind. Primavano schätzt den Mehrbedarf auf 13 bis 14 Millionen. An einen derartigen Aufwand in gegenwärtiger Zeit ist jedoch nicht zu denken, und wird General San Marzano die notwendigen 14 Millionen wohl oder übel in der Dezentralisation und Vereinfachung der Heeresverwaltung und in der Reform der hyperbolischen Militär-Intendantur und des Kanzleidienstes suchen müssen. Was die anderen Finanzvorlagen betrifft, so will man die Verordnung über die Goldzölle und den von Giolitti ausgearbeiteten Entwurf über die Progessivsteuer aufrechterhalten. Ein Minister sprach auch von der Möglichkeit der Erhöhung des Salzpreises um fünf Centesimi. Feste Beschlüsse sind aber noch nicht gefaßt worden. Die Urtheile der italienischen Presse über das Kabinett lauten noch immer nicht schmeichelhafter. Das gemäßigteste Wort spricht der „Folchetto“; es gebe doch nicht an, sagt das frühere Organ Giolittis, die neuen Minister ohne Weiteres für unfähig zu halten. Manche Rose habe bereits unter Giolitti gehabt; man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben, daß dieses Glück auch dem Ministerium Banardelli beschieden sein werde; daß Banardelli keinen Finanzminister gefunden hat, wird von allen Blättern als ein sehr ernstes Symptom der politischen Lage angesehen. Die „Opinione“ nennt es geradezu ein Unglück.

Rußland und Polen.

* Petersburg, 5. Dez. Seit längerer Zeit laufen Klagen über die strenge Einziehung der Steuern in der Bauernbevölkerung um, ob berechtigt oder unberechtigt, ist uns ganz unbekannt. Jetzt meldet „Medelja“ von zwei Rundschreiben, in welchen ein Gouverneur, dessen Namen fehlt, seiner Kreispolizei befiehlt, unbedingt für die rechtzeitige Beitrreibung der Steuern, der rückständigen wie der neuen, bei den Bauern zu sorgen, außerst nachstichtsvoll dagegen bei der Erhebung der Steuern der Großgrundbesitzer zu sein, weil diesen das Sinken der Getreidepreise die Erfüllung der Steuerpflichten erschwere.

Spanien.

* Wie aus Melilla gemeldet wird, verbot Marschall Martínez Campos bei Todestrafe die Mitteilung von Nachrichten über die militärischen Operationen. Man glaubt, Spanien werde die Errichtung einer neutralen Zone um Melilla herum verlangen.

Türkei.

* Aus Konstantinopel wird der „Polit. Kor.“ gemeldet, daß der Besuch des Kommandanten des russischen Mittelmeergeschwaders, Admiral Avelane, in der türkischen Hauptstadt für einige Zeit aufgeschoben worden ist. — Der Kawas Nikola Juritsch, welcher als Begleiter russischer Touristen in der Märitätskirche zu Jerusalem einen katholischen Priester getötet und einen anderen verwundet hatte und als österreichischer Unterbaron der österreichischen Regierung ausgesetzt werden sollte, ist in Alexandrien von dem österreichischen Dampfer „Minerva“ entwischte. Derselbe war nämlich mit dem ihm begleitenden Kawassen des österreichisch-ungarischen Konsuls in Jerusalem am Abend in Alexandrien — spazieren gegangen, welche Gelegenheit der Mörder benutzt, um zu entfliehen. Der pflichtvergessene Konsulat-Kawas, der sofort in Haft genommen wurde, ist nach Jerusalem zurückgeschickt worden, um sich wegen seines Vergehens zu verantworten.

Bulgarien.

* Sofia, 5. Dez. Die „Swoboda“ erzählt die schon mitgetheilte Geschichte des geplanten Attentats des Ex-Lieutenant Lukas Iwanow gegen den Fürsten und sagt, daß Iwanow zweifellos auch russische Hilfe gehabt habe. Die Untersuchung dauert fort, ohne wesentlich Neues zu ergeben. Anzeichen dafür, daß Iwanow Mithilfende oder Mitwisser in Bulgarien hatte, sind nicht vorhanden. Die verhafteten Studenten gehören der sozialistischen Partei an, doch erscheint die Annahme, daß man es mit Anarchisten zu thun hat, unbegründet. Aus den Aussagen Iwanows geht hervor, daß ein Komplott gegen den Fürsten unter den in Russland lebenden bulgarischen Emigranten häufig erwogen, doch ohne Gefahr des eigenen Lebens

für unausführbar gehalten wird, da auf Unterstützung in Bulgarien nicht gerechnet werde. Iwanow bestreitet, daß das Komplott auch Stambulow gegolten habe. Der Anschlag gegen den Fürsten sollte auf dem Bahnhofe im Augenblicke des Heraushobens des Sarges des Grafen Hartenau ausgeführt werden. Bei Iwanow wurde eine Scheide des Dolches gefunden. Es heißt, daß die Klinge vergiftet gewesen sei, doch wird dies durch die Aussagen bisher nicht bestätigt. Die Aussagen Iwanows wurden von ihm nach dem Verhöre eigenhändig schriftlich wiederholt.

Nordamerika.

* Aus dem Briefe eines Deutsch-Amerikaners an einen bekannten Besucher der Chicagor Weltausstellung werden folgende Auszüge mitgetheilt, die charakteristisch für die Lage eines großen Theiles des gebildeten Deutsch-Amerikanerthums sein dürften:

Für die übersandte Einladung sage ich Ihnen meinen besten Dank. Kommen kann ich allerdings nicht, und zwar aus dem einfachen, aber höchst triftigen Grunde, weil es mir an der nötigen Garderobe fehlt. Ich habe in der letzten Zeit so viele Ausgaben für Krankheiten in der Familie gehabt, daß ich vorerst daran denken muß, meine Schulden zu bezahlen. Ich habe noch nicht einmal die Weltausstellung gesehen und werde auch wohl schwierlich kommen. . . . Warum Sie, wenn Sie Gelegenheit dazu finden, jeden Deutschen, der etwas gelernt hat und drüber sich durchschlagen kann, vor Amerika. Das Heimweh verläßt den Deutsch-Amerikaner nie, selbst wenn es ihm gelingen sollte, sich hier eine gesetzbare Existenz zu erobern. Vieles in Deutschland Salzkartoffeln essen, als hier Braten und Austern! Und das Schlimmste dabei ist, daß man gezwungen ist, täglich aus dieser seiner wahren Meinung ein Hehl zu machen und Amerika zu „pussen.“

Afrika.

* Die Post von Madagaskar bringt neue Einzelheiten über die dortigen Unruhen. Die Straße Tananarive-Macvalana ist in den Händen von Räuberbanden; die Fahavalos plündern die Festungen aus und morden Europäer wie Einwohner. Die Proviantzüge sind bedroht und werden häufig angegriffen. In dem Dorfe Montdratys brachen die Räuber mit Mord und Brand ein und zwei europäische Angestellte konnten sich erst nach einer regelrechten Belagerung ihres festgestützten Hauses und nachdem man ihnen das Haus über den Kopf angezündet, heimlich retten. Weniger glücklich war ein Franzose in Bemalakely, der beim Angriff auf diesen Posten ermordet wurde. Die Gegend von Tananariva wurde von zahlreichen Banden überschwemmt, die einheimische Garison gemordet, einige Hundert Personen und mehr als 2000 Ochsen wurden weggeschleppt. Man fürchtet, daß die malgassische Regierung außer Stande sei, die Ordnung wieder herzustellen.

Stadtverordneten-Versammlung.

R. Pozen, 6. Dezember.

Den Vorsitz führt der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Orgler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Stadtverordneten-Vorsteher, aus welchen Gründen die städtische Desinfektionsanstalt noch nicht der allgemeinen Benutzung des Publikums freigegeben wurde und wann dieses geschehen werde. Die für eine größere Summe eingerichtete Desinfektionsanstalt sei längst fertig, aber dem Publikum bisher nicht Gelegenheit gegeben, um nach ansteckenden Krankheiten ihre Wäsche, Kleider und Möbel zu desinfizieren. Der Herr Lazarethinspektor Toporski habe dem Interpellanten zwar gesagt, daß einzelne Personen die Anstalt schon benutzt hätten, da man aber einen Gebührentarif noch nicht ausgearbeitet habe, sei das Vorhandensein der Anstalt dem Publikum unbekannt, und es gingen der Stadt die Einnahmen an Gebühren aus der Benutzung verloren.

Bürgermeister Künzer: Zu den Ausführungen des Herrn B. sei berichtigend zunächst zu bemerken, daß die Desinfektionsanstalt tatsächlich in erheblichem Umfang bereits benutzt worden ist, und daß alle seit dem Sommer auf Benutzung gestellten Anträge berücksichtigt worden sind. Ein allerdings provisorischer Gebührentarif, entsprechend dem der Berliner Desinfektionsanstalt, sei ebenfalls vorhanden. Was nun aber den Kern der Sache anlangt, so habe der Magistrat die allgemeine Benutzung der Einrichtung als einer öffentlichen Anstalt nicht freigegeben zu sollen geglaubt, weil es sich frage, wer die Ausgaben für die Desinfektionsmittel zu tragen habe. Bisher hätten sich die Bürger, welche die Kosten nicht selbst tragen könnten, an die Finanzkommission gewendet und diese den Antrag auf unentgeltliche Benutzung gestellt. Der Magistrat halte dafür, daß es eine noch unentschiedene juristische Frage sei, ob der Magistrat nach dem Polizeiostengesetz verpflichtet sei, die Desinfektionsanstalt für die Bürger zu tragen. Man befindet sich augenblicklich in der Lage, wegen der Kosten für die Benutzung zu klagen, wodurch die Frage entschieden werden wird. Zur allgemeinen Benutzung, namentlich für den Fall einer Epidemie, reiche die Anstalt nicht aus, insbesondere auch die Anzahl der Zimmer nicht. Eine Verpflichtung, die Anstalt allgemein zur Benutzung freizugeben, erkenne der Magistrat nicht an, sei aber andererseits bereit, dem jetzigen Bedürfniß nach Möglichkeit entgegenzukommen. Ein Gebührentarif solle bald ausgearbeitet werden. Stadtverordneter spricht den Wunsch aus, daß hierbei die Stadtverordnetenversammlung gehört werden möchte. Dies soll geschehen.

Nunmehr berichtet Stadtverordneter Manheimer über die Lage des Magistrats betr. die noch nicht genehmigten Mehrausgaben der gesammten Verwaltung pro 1892/93. Der Magistrat habe die allgemeinen Einnahmen und Ausgaben, sowie eine allgemeine Übersicht der Mehreinnahmen und Mehrausgaben für 1892/93 überreicht. Neben dem Verwaltungsbericht sei im allgemeinen zu erwähnen, daß derselbe sachgemäß gehalten ist. An Mehrausgaben sind der Kommune entstanden: für die Schneefahrt infolge des langen Winters 23 000 M., ferner wurden von der Sanitätskommission für die zur Abwehr der Choleragefahr erforderlichen Einrichtungen 28 000 M. mehr verbraucht, auf deren theilweise Erstattung indeß gehofft wird. Durch die Einquartierung von Militär und für die Armen-Verwaltung sind 9000 M. mehr ausgegeben. Wenn der Finanzabschluß des Verwaltungsjahrs dennoch kein ungünstiger ist, so sei dies der Verantwortung bei der Einkommensteuer zu verdanken, welche allein 46 852 M. ergehen hat. Ohne diese Mehreinnahme würde das Jahr 1892/93 finanziell ein ungünstiges gewesen sein. An Mehreinnahmen sind zu verzeichnen bei den Gefällen und Strafgeldern 988,20 M., bei den Wasserwerken 15 528,26 M., bei den Zinsen für Kapitalien 5243,72 M., bei der städtischen Einkommensteuer 46 826,60 M., bei der Schlachtfesteuer 7545,02 M., bei den außergewöhnlichen Einnahmen 1910,85 M., an Rückerstattungen 1505 M. Im Ganzen belaufen sich die Mehreinnahmen auf 77 637,32 M. An Mindererinnahmen werden verzeichnet: bei der Grundstücksverwaltung 2723 M., bei der Gasanstalt 48 923,79 M., bei den Beiträgen zu den allgemeinen Verwaltungskosten 1515,50

M. Mark, bei der Biersteuer 544,28 M., zusammen 54 292,49 M. Diese von den Mehreinnahmen abgezogen, bleiben 23 344 M. Mehrausgaben. An Mehrausgaben sind entstanden: bei der Schlachtfesteuer-Rückerstattung 260 M., bei der Biersteuer-Rückerstattung 976 M., für polizeiliche Zwecke und das Feuerlöschwesen 10 711,14 M., bei den Schulausgaben 3978 M., für militärische Zwecke 4541,29 M., für die öffentliche Armenpflege, das Krankenhaus, Hospital und die Waisenpflege 7938,86 M., für die Quellsickerleitung 1935,67 M., beim Reservefonds der Gasanstalt 157 M., für allgemeine Verwaltungskosten 27 575 M., für das Ver- schönungswesen 575 M., bei der Gasanstalt 2760 M. und bei außergewöhnlichen Ausgaben 4730 M. Mindererinnahmen sind folgende hervorgezogen: bei den allgemeinen Verwaltungskosten, Gehälter u. 813,30 M., bei den Provinzial-Verwaltungskosten 16 020 M., bei der Schuldenentlastung für Versicherung 9595 M., insgesamt 1771 M. Im Ganzen betragen die Mindererinnahmen 27 104 M. Diese Mindererinnahmen von den Mehrausgaben abgezogen, bleiben noch 39 213,96 M. Mehrausgaben. Stellt man schließlich den Mehrausgaben von 39 213,96 M. Mark die Mehreinnahmen von 23 344 M. gegenüber, so ergibt sich ein Fehlbetrag pro 1892/93 von 15 945 M. Mark, welcher in den neuen Etat für 1893/94 übernommen wird. — Der Bericht des Magistrats enthält ferner eine Nachweisung über die bei den einzelnen Städt entstandenen Mehrausgaben, die überall mit Gründen versehen sind. Die spezielle Nachweisung umfaßt im Ganzen 7 Bogen. Der Magistrat knüpft an diese Vorlage das Erachten, um die Arbeitskraft der Stadtverordneten-Versammlung zu verhindern und die zahlreichen Anträge auf die Nachbewilligung von Mehrausgaben zu vermeiden, vor dieser Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben Kenntnis zu nehmen und die Nachbewilligung der Mehrausgaben mit der Nachprüfung der Etats zu verbinden. Die Finanzkommission habe die Mehrausgaben geprüft und hier nach keinen Grund, sie nachträglich nicht zu bewilligen; sie spreche aber im Prinzip die Erwartung aus, daß von einer Mehrausgabe der Versammlung sofort Kenntnis gegeben werde und nicht erst bei dem allgemeinen Verwaltungskosten. In Verbindung hiermit habe die Finanzkommission folgende Resolution beschlossen: Die Versammlung schließt sich dem Vorschlag des Magistrats auf Nachbewilligung der Mehrausgaben bei der Nachprüfung der Etats an, ohne dadurch ein Präjudiz zu schaffen, und bewilligt sich die Bewilligung der noch rückständigen Mehrausgaben für die Revision des Etats vor. Stadtverordneten Dr. Gerhardt glaubt, die Revision der Finanzkommission beruhe auf einem gewissen Missverständnis. Es handle sich hier nicht um die endgültige Genehmigung, sondern die Vorlage habe den Zweck, der Versammlung eine Übersicht über den Stand der Verwaltung und das abgelaufene Etatjahr zu geben. Das Bewilligungrecht der Versammlung solle nicht beeinträchtigt werden, ebenso wenig die Rechnungslegung verzögert. Am Gegenheute wünsche der Magistrat, auf die Beschleunigung der Rechnungslegung Gewicht zu legen. Die Resolution der Finanzkommission wurde hierauf angenommen.

Es berichtet heraus Stadtverordneten Dr. Lewinski über die Verlängerung des mit der Posener Pferdeisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrages. Am 30. Juni 1890 ertheilte die Stadt Pozen den Herren Breslauer und Heymann die Konzession zur Herstellung und zum Betriebe einer Pferdeisenbahn in Pozen auf 35 Jahre. In dem Vertrage bestellt sich die Stadt das Recht vor, nach Ablauf dieser Zeit die gesammte Anlage unentgeltlich zu übernehmen, und eventuell auch die vorhandene Inventarstücke zum Tagwerthe, sodaß die Thätigkeit der Pferdeisenbahngesellschaft 1915 ein Ende nehme. Die Gesellschaft hat nun in diesem Jahre bei dem Magistrat eine Verlängerung der Konzession um 27 Jahre nachgefragt, doch sei die bezügliche Vorlage des Magistrats in der Finanzkommission abgelehnt und dann zurückgezogen worden. Die Gesellschaft habe hierauf die Verlängerung der Konzession um 15 Jahre beantragt, so daß der Vertrag statt 1915 erst 1930 ablaufen würde. Zu der Vorlage, welche Referent zur Verleihung bringt, wird ausgeführt: die Pferdeisenbahngesellschaft bitte um Verlängerung der Konzession, damit sie in der Lage sei, die alljährlichen Abschreibungen vornehmen zu können. Grit nach mehrläufigem Betrieb habe man eine Übersicht über die rentablen Strecken gewinnen können und infolge dessen die Strecke wiederholter verlegen müssen. Die im Jahre 1887 erfolgte Verlegung der Gleise sei nicht allein im Interesse der Gesellschaft, sondern lediglich des übrigen Verkehrs wegen geschehen. Außerdem habe der Betrieb der Pferdeisenbahn durch häufige Aufreihungen des Plasters zum Zwecke der Kanalisation und Neupflasterung Störungen erlitten, sodaß die schlechte Finanzlage der Gesellschaft nicht allein zur Last falle. Obwohl das ursprüngliche Aktienkapital von 1/4 Millionen Mark später um 1/2 Millionen vermindert wurde, sei in den 12 Jahren des Bestehens doch erst viermal möglich gewesen, 1—1½ Proz. Dividende zu vertheilen. Bei den wiederholten Verlusten werde, wenn sich nicht anderweitig Hilfe finde, der Betrieb schließlich ernstlich in Frage kommen. Man werde darum die Konzession um 15 Jahre verlängern müssen, was übrigens nichts außergewöhnliches wäre, da andere Städte mit den Gesellschaften gleichfalls auf 50 Jahre Verträge abgeschlossen hätten, manche sogar noch auf längere Zeit. Die mögliche Anlage einer elektrischen Straßenbahn in absehbarer Zeit bilde kein Hindernis gegen die Vertragsverlängerung. Außerdem habe die Stadt keine Veranlassung mit dieser Gesellschaft unzufrieden zu sein, da sie alle Verpflichtungen, gegenüber der Stadt und dem Publikum erfüllt habe. Soweit die Vorlage. Die Finanzkommission habe sich damit eingehend beschäftigt und der Sache das größtmögliche Wohlwollen entgegengebracht. Sie verkenne auch nicht die mäßliche Vermögenslage der Gesellschaft, so wie deren bereitwilliges Entgegenkommen bei der Vergabe der Strecken und der Betriebsleistung bei den Plasterungen. Das Verlangen der Gesellschaft aber, daß die Stadt ihre wohlerworbenen Rechte, die erst im Jahre 1915 eine aktuelle Bedeutung erlangen, heute aufzugeben solle, habe die Finanzkommission zu der Überzeugung veranlaßt, ob die Schuld der schlechten Finanzierung tatsächlich an der östlichen Schienenverlegung, der Störung des Betriebes durch Plasterungen, Kanalisations u. w. liege oder noch andere Ursachen habe. Und da sei die Kommission doch zu anderen Ergebnissen gelangt, wie sie die Vorlage enthalte. Der Hauptgrund der schlechten Vermögenslage liege zweifellos darin, daß bei einem Aktienkapital von 1/4 Millionen Mark für Konzessionsvertrag und Baubau verrechnet seien. Wenn soviel für die Gründung aufgewendet worden sei, so müsse der Gewinn jetzt zurückgegeben werden. Solle sich die Stadt Pozen dazu hergeben, diefinanzfehler wieder gut zu machen? Durch die Verlängerung der Konzession um 15 Jahre gewöhre man die Mittel, die Amortisation proportional zu vermindern und dafür die Dividende zu erhöhen. Man könne heute einen so wichtigen Betrieb nicht fassen, da man nicht wisse, welche Anforderungen an den Betrieb nach 15 Jahren gestellt werden. Dazu komme die Möglichkeit, daß man eine elektrische Straßenbahn ins Auge fasse, die allerdings die gleichzeitige Einführung der elektrischen Beleuchtung voraussetzen würde. Aus allen diesen Gründen habe die Finanzkommission mit allen gegen eine Stimme die Ablehnung der Magistratsvorlage beschlossen.

Stadtverordneten Kirchenbauer bemerkte, in der Begründung der Vorlage sei die Behauptung, daß die Pferdeisenbahn ohne die Konzession verlängert nicht lebensfähig sei, unrichtig. Das bewiesen die Berichte der Gesellschaft. Im Jahre 1888 habe der Verkehr noch einen Verlust ergeben, 1890 weise der Vertrag bereit-

10 400 M. Gewinn auf 1891 9291,43 M. und 1892 sogar 18 078 M. Die Vermögenslage könne daher keine so schlechte sein. Redner beantragt namentliche Abstimmung.

Stadtv. Fontane weist auf die häufigen Betriebsstörungen hin, welche die Pferdebahn durch die Ausgrabungen der Straßen zur Kanalisation erlitten hat. Gerade in den letzten Jahren haben diese Störungen kein Ende genommen. Und da das Institut nur auf den Personenverkehr angewiesen ist, könne man sich über die schlechte Finanzierung nicht wundern. Es sei darum billig, diese Umstände in Betracht zu ziehen und die Konzession zu verlängern.

Stadtv. Prof. Kranz führt aus, die Betriebsstörungen durch Pflasterarbeiten etc. seien jetzt vorüber, und dann könne der Verlust wieder nicht so groß sein, da die Gesellschaft gerade in den Jahren, die die meisten derartigen Störungen brachten, Dividende gezahlt hat. Zu Pflasterbeiträgen werde die Gesellschaft nur noch wenig verangezogen werden. Der elektrische Betrieb der Bahn aber verbillige die Kosten erheblich. Die Gesellschaft krankt an der zu großen Aufwendung für den Konzessionsvertrag, der nicht 1/4 Millionen, sondern höchstens 100 000 M. wert war. Die Konzessionsverlängerung werde die Aktien im Werthe erhöhen und sie an den Berliner Markt bringen. Er bitte um Ablehnung der Vorlage.

Stadtv. Herzberg erklärt sich gleichfalls gegen den Antrag und für namentliche Abstimmung.

Stadtv. Manheimer will die Konzession auf 5 Jahre verlängern. Bei dem geringen Verkehr und den riesigen Abschreibungen müsse man der Gesellschaft wenigstens etwas entgegenkommen.

Stadtv. Kirsten sucht durch Zahlen

über den Personenverkehr nachzuweisen, daß die Gesellschaft befreien könne.

Stadtv. Dr. Landsberger findet die Stellung der Finanzkommission vom Standpunkte des Rechtes vollständig berechtigt, aber das vom Referenten betonte Wohlwollen von der Finanzkommission nicht gewahrt. Allerdings hätte die Gesellschaft beim Abschluß des Vertrages müssen können, daß in den Straßen geplastert und fanalisiert werden würde, aber sie habe nicht ein so schnelles Tempo voraussehen können. Daß aber die Störungen durch diese Arbeiten die Lebensinteressen der Gesellschaft empfindlich berühren, müsse zugegeben werden. Ohne die Interessen der Aktionäre wahrnehmen zu wollen, würde er sich doch zu einem kleinen Opfer entschließen, um die Geschäfte der Gesellschaft und damit das Institut für den Verkehr überhaupt zu heben, zumal die Stadt ja nichts dabei zu leisten habe. Eine pure Ablehnung würde von keinem Wohlwollen zeugen.

Nach einigen Bemerkungen der Stadtv. Fontane und Kirsten wird die Debatte geschlossen und der Antrag auf namentliche Abstimmung angenommen. Dieselbe ergiebt die Ablehnung des Antrages auf Konzessionsverlängerung mit 20 gegen 9 Stimmen. Es folgen bald noch Wahlen, worüber Stadtv. Böckert berichtet. Für die Verlegung eines Feuermelders von der Ecke der Unteren Mühl- und Naumannstraße nach der Knaben-Mittelschule wurden 209,32 M. neu und für Bohrungen im Tambourloch 174,25 M. nachbewilligt. Prof. Stadtv. Herzberg. Zum Schluß berichtet Stadtv. Jäffé über die Kosten der Reichstagswahl, die mit 778,03 M. bewilligt werden. Der Magistrat wird hierbei erucht, dafür zu sorgen, daß die zu den Wahlen erforderlichen Seelenlisten mit größerer Genauigkeit über die Staatsangehörigkeit der Wähler aufgestellt werden.

Schluss gegen 7½ Uhr.

Lokales.

Posen, 7. Dezember.

* Der Andrang bei der Packetannahmestelle des hiesigen Postamts I an der Friedrichstraße ist bekanntlich Abends immer sehr stark. Das Postamt richtet daher an das Publikum und insbesondere an die Besitzer größerer Handlungen, Geschäfte und Fabriken das Ersuchen, während der bevorstehenden Weihnachtszeit ihre Bäckereien möglichst nicht in den Abendstunden, sondern schon im Laufe des Tages bezw. am nächsten Morgen einzuliefern zu wollen. Es läge im Interesse des gesamten Publikums und einer glatten Abwicklung des Verkehrs an der Packetannahmestelle, wenn diesem Ersuchen Rechnung getragen und dadurch der Verkehr durch gleichmäßige Vertheilung auf den ganzen Tag mehr geregelt würde. Schließlich wird noch bemerkt, daß die Zeitungsstelle bei dem Postamt I hieselbst durch den Bäckereiverkehr in keiner Weise berührt wird und daß daher die Bestellungen auf Zeitungen wie zu jeder anderen Zeit entgegengenommen werden.

p. Zur Sonntagsruhe. Für die jetzt folgenden drei Sonntage am 10., 17. und 24. Dezember ist, wie wir noch einmal erwähnen wollen, das Offthalten der Läden von 11½ Uhr Morgens bis Abends 6 Uhr gestattet. Eine große Anzahl hiesiger Kaufleute beabsichtigt nun eine Petition an den Herrn Regierungspräsidenten zu richten, dahingehend, daß die Geschäftszzeit an diesen Tagen bis Abends 10 Uhr ausgedehnt werden darf. Eine Änderung der Regierungsverfügung ist indessen für dieses Jahr schon in Anbetracht der kurzen Zeit ausgeschlossen.

p. Der bekannte frühere Lieutenant Frhr. v. Lucius, ein Sohn des ehemaligen Landwirtschaftsministers, und bekannt durch seine Säbelaffäre in Mainz, ist beim hiesigen 2. Leib-Husaren-Regiment als Avantageur wieder eingetreten, nachdem er als Lieutenant bei den Mainzer Husaren nach Verbüßung einer dreimonatlichen Festungshaft, die er wegen der Säbelaffäre erhalten, seinen Abschied genommen hatte. Der Wiedereintritt des Herrn v. Lucius in die Armee erfolgt mit Kaiserlicher Genehmigung.

(Fortsetzung des Lokalen in der Bessage.)

Telegraphische Nachrichten.

*) Kopenhagen, 7. Dez. Nach Meldungen aus Lanvig strandete heute Morgen bei Harbøren die Petroleumbarke "Donzuna" aus Christiansund. Das Schiff wurde vollständig zerstört. 13 Mann der Besatzung ertranken, drei wurden gerettet.

Newyork, 6. Dez. Das britische Schiff "Jason", von Calcutta nach Boston unterwegs, ist heute bei Eastham (Massachusetts) gescheitert. Von der Mannschaft sollen dabei 26 Personen umgekommen sein.

*) Für einen Theil der Auflage wiederholt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der "Pos. Btg."
Berlin, 7. Dezember, Abends.

Neichstag.

Auf der Tagesordnung steht das Stempelsteuergesetz.

Abg. Dr. Hahn (Hospitant der Nat.-Lib.) spricht sich Namens eines Theils der Nationalliberalen gegen die Quittungssteuer aus, ist jedoch im Allgemeinen für die Börsensteuer. Man müßte versuchen, ob die bestehenden Schäden der Börse nicht geheilt werden könnten. Er befürwortet die Errichtung einer Centralstelle für die Anlage deutscher Kapitalien in ausländischen Papieren. In die Zeitungen gelangen über Börsenpapiere keine neutralen Mitteilungen. Der Depotsverkehr müsse aus dem geschäftlichen Verkehr der Börseninstitute ausgeschieden werden. Die Provinzial-Banken müßten verhindert werden, das Publikum zu Spekulationen an der Berliner Börse zu veranlassen. Wenn man erkenne, wie die übrigen Gewerbekreise sämtlich belastet sind, müsse man der Börsensteuer zustimmen. Die Börse habe von dem großen nationalen Aufschwung mehr gehabt, als jeder andere Erwerbszweig. Redner hebt hervor, daß der größte Theil des Volkes der Börsensteuer sympathisch gegenüberstehe. — Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antis.) wünscht, daß das gesammte Ergebniß der Börsen-enquête veröffentlicht werde. Der Antisemitismus bekämpfe nur das schädliche Kapital, das meist in jüdischen Händen liege. (Zwischenrufe. Wechselrede zwischen Liebermann und Singer, wodurch sich der Präsident zum Einschreiten veranlaßt sieht.) Der Abg. Liebermann befürwortet des Weiteren den Ausschluß aller ausländischen Papiere von der Börse. Die Antisemiten würden der Börsensteuer zustimmen. Er erwünscht Abänderungen der Quittungssteuer, Fracht- und Stempelsteuer. — Abg. Dr. von Kommerowksi (Pole) wünscht eine höhere Besteuerung der reinen Differenz- und Schonung der reinen Lieferungsgeschäfte. Im Einzelnen bedürfe die Vorlage noch einer genauen Prüfung. Auf diese Aeußerungen des Vorredners erklärt Staatssekretär Dr. von Bötticher er sei bereit, das gesammte Material der Börsen-Enquête-kommission dem Reichstage zugängig zu machen. Bis her lägen nur Protokolle und sehr umfangreiche Aktenstücke vor. Abg. v. Ploetz (Bund d. V.) wünscht eine Verschärfung der Sätze der Börsensteuer und eine Emissionssteuer. Mit der Quittungs-, Fracht- und Stempelsteuer seien seine politischen Freunde einverstanden. Staatssekretär Graf v. Posadowsky weist den Vorwurf zurück, daß bei Emissionen der Staatsanleihen ein großes Konsortium bevorzugt und das Privatpublikum nicht berücksichtigt worden sei. Die Emissionssteuer sei von der Reichsfinanzverwaltung eingehend erwogen und zwar unter Hinzuziehung von Sachverständigen, die nicht nur der Börse angehört haben. Der Effektenstempel trage schon den Charakter des Emissionsstamps. Würde für inländische Emissionen noch eine besondere Steuer eingeführt, so unterlägen dieselben der Doppelbesteuerung. Bezuglich der Emissionssteuer auf fremde Emissionen lägen 3 Möglichkeiten vor. Würde die Steuer auf den Gesamtbetrag der Emission gelegt, so würden andere Staaten energische Gegenmaßregeln treffen. Wollte man nach der Form der Inlandssteuer verfahren, so müßte bei den einzelnen Bankiers recherchiert werden, eventuell zwangswise. Wollte man versuchen, wie in Frankreich, wo der Finanzminister selbstständig entscheidet, welche Quoten der fremden Emissionen auf die inländischen Abnehmer angewendet sei, so sei es sehr zweifelhaft, ob der Reichstag dem Finanzminister diese Befugnisse ertheilen würde. Uebrigens seien nach Auskunft des Reichsbank-Direktoriums in den letzten 6 Jahren jährlich durchschnittlich über 495 Mill. fremde Papiere in Deutschland emittiert worden. Abg. Osann (natl.) befürwortet die Reichseinigungsteuer. Diese sei ebenso wenig ein Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten als die ganze Boll- und Verbrauchsabgabe es eigentlich gebührt. Er befürwortet ferner die Reichserbschaftssteuer, die Luxussteuer, die Emissionssteuer und eine höhere Lotteriesteuer. Die Börsenspieler sollten mit Strafe belegt werden. Die Quittungs- und die Frachsteuer bedeute eine ungerechte Belastung des Verkehrs. Meister (Sozdem.) befürwortet gleichfalls die beiden letzten Steuern. Staatssekretär Graf v. Posadowsky konstatiert, daß bei den von der Regierung vorgeschlagenen Steuern die schwächeren Schultern geschont würden. Abg. Graefe (Antis.) erklärt, daß die Antisemiten der Börsensteuer zustimmen, aber die Quittungssteuer ablehnen. Graf v. Arnim (Reichsp.) betont, daß vor Allem für die Landwirtschaft gesorgt werden müsse. Das Reportgeschäft müsse doppelt besteuert werden. Er bezweifelt den Erfolg der Börsen-enquête. Staatssekretär v. Bötticher erklärt, die verbündeten Regierungen nähmen noch nicht Stellung zu der Frage, ob die Ergebnisse der Börsen-enquête auf dem Wege der Gesetzgebung oder durch Verwaltungsmäßigkeiten in den Einzelstaaten verwertet werden sollten. Darauf wird der Stempelgesetzentwurf einer 28gliedrigen Kommission überwiesen. Nächste Sitzung Sonnabend um 2 Uhr. Tagesordnung: Antrag Achbichler (Ctr.) betr. Alters- und Invaliditätsgeges. Antrag Gröber (Ctr.) betr. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Die "Pos. Btg." erklärt das Gerücht über den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages für unbegründet. Die Delegiertenverhandlungen ruhten noch und würden vor der Abreise der russischen Delegierten kaum wieder aufgenommen werden.

Ahlwardt, der gegenwärtig in Plötzensee seine fünf-

monatliche Gefängnisstrafe, welche ihm in dem bekannten Jude flintenprozeß zuerkannt war, verbüßt, will eine nochmalige Verhandlung des Prozesses herbeiführen. Er hat bei der Staatsanwaltschaft des Berliner Landgerichts I die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, da er glaube, durch neue Beweismaterialien jetzt im Stande zu sein, die Richtigkeit seiner damals aufgestellten Behauptungen beweisen zu können."

Nach der "Pos. Btg." hat der im Hannoverschen Spielerprozeß als Zeuge vorgeladene Offizier, Sekondlieutenant v. d. Decken-Ringelheim, Sohn des bekannten welfischen Abgeordneten, seinen Abschied erhalten.

Der konservative Landesverein für das Königreich Sachsen hat sich in einer Versammlung in Dresden in einer Resolution entschieden gegen die antisemitische Reformpartei unter Führung Zimmermanns ausgesprochen.

Dr. Eduard Engel ist aus dem Wahlverein der Liberalen wegen der Ablehnung seines Antrages betr. die Eisenbahnreform auf der Generalversammlung ausgetreten.

Zum englischen Botschafter in Konstantinopel ist Sir Drummond Wolf ernannt worden.

Der antisemitische Abg. König brachte im Reichstage einen Antrag ein, die Regierungen um die Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach allen in Deutschland nicht geborenen und erzogenen Personen die dauernde berufsmäßige Ausübung der Seelsorge und der Jugendunterricht untersagt werde.

In einer Korrespondenz stellt die "Nordb. Allg. Btg." die deutschen Sozialisten den schweizerischen gegenüber und betont den gesunden Partikularismus der Letzteren, während sie die Ideen der deutschen Sozialisten als kosmopolitische Träume reißen bezeichnet. Wenn erst bei unseren deutschen Sozialdemokraten solche Ideen anzutreffen, werden sich die Führer derselben bald überzeugen, daß ihre Träumerien niemals zur Wirklichkeit gelangen werden.

Die "Nordb. Allg. Btg." teilt als Seitenstück zu dem Einvernehmen zwischen einem russischen in einer Grenzstadt liegenden Dragoner-Regiment und der Garde der Stadt Soldau Folgendes mit: Höhere Postbeamten aus Somavia besuchten anlässlich der Einweihung des neuen Reichspostgebäudes die Postbeamten in Katowitz und sandten an den Staatssekretär v. Stephan ein Begrüßungstelegramm ab. Letzterer dankte und drückte seine Freude über die Beteiligung der russischen Kollegen bei der Einweihung des Postgebäudes aus.

Das Eisenbahnbetriebsamt Berlin-Anhalter Bahnhof veröffentlicht nachstehende Bekanntmachung: Gestern Mittag 1 Uhr fuhr der von Berlin kommende Personenzug in Bitterfeld auf eine im Hauptgleise stehende Rangiermaschine auf. 10 Reisende und 4 Beamten wurden leicht verletzt. Der Materialschaden ist groß. Die Schuld trifft nach vorläufiger Ermittlung den diensthabenden Stationsbeamten.

Das "B. L." meldet aus Kugelhausen: Das Dampfboot "Maas" kollidierte auf der Kugelhäuser Rhede mit dem Dreimast-Schooner "Donna Louisa", wobei beide Fahrzeuge erheblich beschädigt wurden. Die "Maas" ist auf dem Grund gerathen. Die Mannschaft und die Passagiere wurden gerettet.

Zu dem bevorstehenden europäischen Eisenbahng Kongress in Weimar werden 166 Delegierte aus fast allen Staaten anwesend sein.

Das "Berl. Tagebl." meldet aus Wien: Der Bankier Lejeune, aus Dresden gebürtig, welcher aus Berlin nach Wien übersiedelte, flüchtete nach Berlitzburg bedeuende Unterschlagungen. Die Depots, darunter solche des Grafen Schaffgotsch im Betrage von 20 000 Gulden sind verschwunden. Lejeune hat große Verluste im Börsenspiel erlitten. Er hinterließ ein Schreiben an seine Frau, in welchem er sagt, er werde im Auslande Selbstmord begehen.

Aus Stockholm wird gemeldet: Gestern erfolgte bei Koller (161 Kilometer nördlich von Stockholm) die Vereinigung der östlichen und südlichen Staatsbahnen. Hierdurch ist auf der Strecke Malmö-Göteborg eine zusammenhängende Bahnlinie geschaffen worden.

Wie aus Bern gemeldet wird, weist das Budget der Eidgenossenschaft einen Fehlbetrag von 4 Millionen Franks auf. Die nationalrömische Finanzkommission fordert, daß sofort die Sistirung des Baues der Festigungsarbeiten angeordnet werde.

Aus Belgrad wird gemeldet:

In der heutigen Sitzung der Skupstina entwickelt der Ministerpräsident Grujic unter lebhaftem Beifall das Programm. Diese sei bestrebt, gute Beziehungen zu allen Staaten unter Achtung der gegenseitigen Rechte zu unterhalten, eine Sanierung der Finanzen und die Erhaltung der Volkswirtschaft und der Kommunikationen herbeizuführen, sowie der Armee besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Regierung erwartet hierbei die Unterstützung der Skupstina.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Kaiser Wilhelm II. Von Friedrich Meister mit dem Kaiserbildnis in Rückdruck und zahlreichen Illustrationen. Gebetstext Marii 5. Verlag von Ernst Hofmann u. Co. in Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 122. Dem deutschen Volke wird hier eine mit großer Hingabe und Treue gezeichnete Kaiserbiographie dargeboten. Geleitet von warmem Patriotismus, aber frei von Byzantinismus, schildert der Verfasser den Lebensgang des Monarchen und die auf denselben von Einfluß gewesenen Umstände und Persönlichkeiten nach authentischen Quellen, aus denen er mit Geschick und Takt zu wählen und viel Interessantes und bisher dem Publikum noch Unbekanntes hervorzuziehen verstand. Hier und da ist auch Selbsterlebtes eingestreut, wodurch die Schilderung an Lebhaftigkeit und das Buch an Interesse erheblich gewinnt.

* In der Armee wird die Kenntnis der Sprache unserer westlichen und östlichen Nachbarn bekanntlich mit besonderer Aufmerksamkeit gepflegt. Um diese auch unter den Mannschaften zu verbreiten, hat Hauptmann v. Donat bei E. S. Mittler u. Sohn in Berlin soeben äußerst praktisch "Soldaten-Wörterbuch" sowohl für Deutsch-polnisch-russisch als auch für Deutsch-französisch bearbeitet. Der Preis jedes dieser beiden Wörterbücher beträgt nur 15 Pfennige.

Lokales.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

b. Der Winter, lange milde aufgetretend, steckt plötzlich eine recht kalte Winternacht ein. Gestern Nachmittag sank die Temperatur rasch und betrug Abends 9 Uhr bereits 6 Grad Celsius, um Mitternacht sogar 9 Grad. Die Luft füllte sich aber zunehmend mit wärmeren aus südlicher Richtung zuströmenden Wasserdämpfen, welche sich in feine Eisnadeln verwandelten und die Bäume mit einem starken Raubriff umkleideten, dem ersten dieses Winters. Gärten, Glacis und besonders das Kernwerk gewährten in dem weißen, zarten Winterschmuck einen sehr schönen Anblick. So sehr die meisten Menschen den strengeren Winter herbeisehnen, weil er den schlechten Gesundheitszustand bessern soll, wird man bei längerer Andauer des Frostes seines harten Regiments doch bald überdrüssig sein, weil er mancherlei Ansprüche an uns erhebt, die uns sonst verhindern. Der Hausbesitzer ist fortwährend durch ein polizeiliches Strafmandat bedroht, da die Rinnsteine nach dem Auflockern rasch wieder zu stürzen und der Bürgersteig trotz allen Sandstreusens immer wieder Gläte zeigt. Und erst das Einfließen der Wasser- und Gasröhren, sie ist ungeachtet aller Umlösungen der gefährdeten Stellen bei strengem Froste nicht fernzuhalten. Der lieben Jugend kommt diese rohe Wendung des Wetters aber sehr erwünscht. Der verrostete Schlitten ist auf den Straßen und Wällen in voller Thätigkeit, ein Vergnügen, das man der Jugend gern gönnen mag. Dagegen werden die auf den Promenaden und Plätzen angelegten "Schlittern" den Passanten leicht gefährlich. Voraussichtlich gleicht es bald Eisbahnen, die zum vergnügten Austummeln vor die Thore hinausführen.

* Stadttheater. Am Sonntag bringt der Spielplan unseres Stadttheaters den jetzt in Berlin am Adolf Erbs-Theater gegebenen Schwanz von Brandon Thomas "Charles Tante" zur Aufführung. Herr Director Richards, welcher sich in Berlin die Premiere dieses heiteren Werkes angesehen, leitet persönlich den scenischen Aufbau desselben, und zwar genau wie es in Berlin gegeben wird. Die Hauptrolle des Stücks, welche in Berlin mit Herrn Tieltscher besetzt ist, hat unser beliebter Komiker Herr Vogt zugelassen bekommen. Der große Erfolg, den sich dieser höchst formelle und mit drolligen Scenen reich ausgestattete Schwanz bei seinen Aufführungen an den Stadttheatern in Frankfurt a. M., Leipzig, Straßburg u. c. zu erfreuen hatte, dürfte demselben auch hier eine freundliche Aufnahme sichern.

* Handelskammerwahl. Mit Ablauf dieses Jahres scheiden aus der Handelskammer die Herren Stadtrath Annuski, S. Asch, Stadtrath Kantorowicz, B. Leitgeber und M. Warschauer aus der Handelskammer aus. Ferner wird für den verstorbenen Herrn Carl Brandt eine Erstwahl nötig. Der Wahltermin ist auf Donnerstag, den 14. Dezember d. J. Nachmittags von 3–6 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungsraale im Rathaus abberaumt.

p. Handwerkerverein. Am Montag Abend hielt Herr Bahntechniker Smidler im Handwerkerverein einen mit zahlreichen Demonstrationen verbundenen Vortrag über "Künstlichen Zahnertrag". Der Redner behandelte in seinen Ausführungen eingehend die alten und neuen Methoden, wie künstliche Zähne hergestellt und im Munde befestigt werden. Er gab dabei den Metallgebissen aus Platina und Gold, den alten Kautschukgebissen, bei Weitem den Vorzug. Leider sind die ersten noch immer so kostspielig, daß sie nur schwer Eingang im Publikum finden. An den Vortrag schloß sich eine längere Besprechung an.

p. Der Landwehrverein hat in diesem Jahre eine ganz erhebliche Anzahl von Mitgliedern durch den Tod verloren. Von 1. Januar bis Ende November d. J. sind bereits 59 Kameraden mit den üblichen militärischen Ehren feierlich zur Ruhe bestattet worden.

* Posener Beamten-Vereinigung. Die Direktion des Stadttheaters hat sich bereit erklärt, den Mitgliedern der Posener Beamten-Vereinigung gegen Vorzeitung der Mitgliedskarte auch bei gewöhnlichen Opernpreisen Vorschläge gegen Billets ohne Nachzahlung an der Kasse umzutauschen.

p. Das "Panorama international" wird vom nächsten Sonntag Ansichten aus unseren ostafrikanischen Kolonien bringen. Die Bilder enthalten u. a. sehr interessante Darstellungen von den befestigten Stationen und der Zentralafrikanischen Truppe. In der vergangenen Woche wurde das Panorama auch von ungefähr 2000 Schülern besucht.

p. Von der Wartthe. Der Eisgang auf der Wartthe ist heute so stark geworden, daß binnen Kurzem eine Eisöffnung bei der Gr. Schleuse zu erwarten ist. Der plötzlich eingetretene scharfe Frost kommt unseren Kaufleuten sehr unangehen, da noch ganz bedeutende Petroleumsladungen von Stettin nach hier unterwegs sind. Man hofft jedoch noch, daß die Dampfer, welche binnen drei Tagen erwartet werden, wenigstens die Ladestelle beim Kernwerk noch erreichen werden.

p. Von der Quellwasserleitung an der Ecke der Wilhelms- und Friedrichstraße ist in der Nacht von Sonntag zu Montag das eine Rohr undicht geworden, sodass das Wasser dort emporströmte und das Straßengrundstück unterlief, sodass dieses sich senkte. Nachdem das Rohr gedichtet worden, wird gegenwärtig das Straßengrundstück an dieser Stelle neugelegt, was bei dem jüngsten freien Frost mit Schwierigkeiten verknüpft ist.

t. Neue Vertheilung des von der königl. Eisenbahn den hiesigen Kommunen zur Besteuerung überwiesenen Reinertrages aus der Posener Bahnhofsanlage. Die Gemeinde-Vorstände der Vororte Wilda und St. Lazarus haben sich am Beginn des laufenden Etatsjahres über die nach ihrer Ansicht ungerechte Vertheilung des von der königl. Eisenbahn der Stadt Posen und den Vororten alljährlich zur Besteuerung zu überwiesenden Reinertrages aus der hiesigen Bahnhofsanlage unter die beheimateten Gemeinden beim Bezirksausschusse beschwert. Gegenwärtig erhalten von dem in Rede stehenden Betrage Posen 50 Prozent, Wilda 20, Jersitz und St. Lazarus je 15 Prozent, während bei Berücksichtigung des den einzelnen Gemeinden zugehörigen Bahnhofsareals und der Bahnanlagen den Vororten, insbesondere Wilda und St. Lazarus, ein bedeutend höherer Prozentsatz zufallen müßte. Zur Feststellung der beanspruchten Sätze hat man vor einigen Tagen für die drei Vorortsgemeinden auf dem Landratsamt des Kreises Posen-Ost Termin angesetzt, auf welchem die einzelnen Gemeindeschöpfe mit dem königl. Landrat nach längerer Beratung dahin übereinstanden, daß von jenem Beitrage der Gemeinde Wilda fortan 35 Prozent und den Gemeinden St. Lazarus und Jersitz je 25 Prozent zur Besteuerung überwiesen werden müßte. Da es sich für jeden der einzelnen Vororte hierbei um nennenswerthe Einnahmebeiträge handelt, so ist man in den beheimateten Kreisen auf die Entscheidung des Bezirksausschusses mit Recht gespannt. Ohne dem Beschlüsse dieser Behörde vorgreifen zu wollen, muß jedenfalls zugegeben werden, daß es nur als billig erscheint, wenn bei dem alljährlichen Höhnenbegießen von Vorortsgebiet in das Bahnhofsterreno und der Vermehrung der dafür genutzten Bahnhofsanlagen die vor Jahren festgesetzten Sätze in bestimmten Perioden den veränderten Verhältnissen angepaßt werden.

Polnisches.

Posen, 7. Dezember.

* Unberechtigte Angriffe. Unsere Nachricht, daß die schriftliche Zusage des Reichsanzlers, betr. die Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen der Provinz zwar nicht an Herrn v. Jazdzewski, wohl aber an den Erzbischof Stablawski ergangen sei, ist dem "Dziennik" und "Kuryer" offenbar unangenehm. In einer ancheinend aus gleicher Quelle stammenden Notiz wird die Richtigkeit auch der letzten Behauptung bekräftigt und hinzugefügt, daß der Erzbischof sich nicht die Rühe nehme, darauf zu reagieren. Gerade damit geben aber die polnischen Blätter die Richtigkeit unserer Notiz indirekt zu, denn wenn Herr v. Jazdzewski die ihn betreffende Angabe demitierte, die uns übrigens, wie wir wiederholen, aus derselben Quelle zugegangen war und von uns auf ihre Richtigkeit nicht geprüft werden konnte, so steht nichts im Wege, daß auch der Herr Erzbischof denselben Weg einschläge, wenn unsere ihn betreffende Behauptung unrichtig wäre. Im Übrigen vermögen die polnischen

Blätter den sonstigen Inhalt unserer Mitteilung in der Sonntagsnummer auch in keinem Punkte anzweifeln. Wenn uns dann ferner in den polnischen Zeitungen vorgehalten wird, daß unsere angebliche Nachricht von der "Konferenz" der Bischöfe hier selbst nicht zutreffend gewesen wäre und daraus Kapital gegen uns zu schlagen versucht wird, so bemerken wir demgegenüber, daß bei der Nachricht lediglich die Spitzmarke nicht richtig gewählt war, ein Versehen, über das die polnischen Blätter in christlicher Nachsicht lieber hätten hinwegsehen sollen. Was schließlich die von der Postbehörde demonstrierte Nachricht von der Errichtung eines Postamts in der Oberstadt anbetrifft, so bemerken wir, daß uns auch diese gleich anderen hiesigen Blättern aus absolut sicherer Quelle zugegangen war und daß dort dem Dementit der Post gegenüber auch an der Behauptung festgehalten wird, daß jedenfalls Unterhandlungen mit einem Hausbesitzer in der St. Martinstraße betreffs Erwerbung eines Grundstückes geschweift haben.

d. Im hiesigen polnischen Theater tritt von nächsten Montag ab die Wartchauer Schauspielerin Mariello als Adrienna Recouvre und in ähnlichen französischen Rollen auf.

a. Inbetreff der polnischen Landes-Ausstellung, welche im nächsten Jahre in Lemberg stattfindet, wird morgen im Saale des Hotel de France eine Versammlung abgehalten, zu welcher die Mitglieder des hiesigen Losal-Komitees und Industrielle, welche eine Ausstellung zu beschließen beabsichtigen, vom Vorstand und Schriftführer des Komites, Dr. Kuszelan und Orlowski, eingeladen worden.

Aus der Provinz Posen.

* Krotoschin, 6. Dez. [Konzert.] Das gestern auf den 17. Dezember angelegte Konzert findet am 10. Dezember statt.
d. Samter, 6. Dez. [Schulvorstandswahl.] Zum Vorstand der hiesigen evangelischen Schule wurden in der gestern stattgehabten Gemeindeversammlung Baumeister Berger und Apotheker Röte wieder- und Hauptlehrer Röder neu gewählt. Da es in hiesiger Gegend der erste Fall ist, daß ein Lehrer in den engeren Schulvorstand gewählt wurde, so ist man sehr gespannt darauf, ob die königl. Regierung den betreffenden Herrn als Schulvorstandsmitglied bestätigen werde.

F. Ostrowo, 6. Dez. [Vom Adelnauer Kreistage.] Feststellung der Hauptortsdienstzeit. Der dieser Tage in Adelnau stattgehabte Kreistag des Kreises Adelnau hat einstimmig beschlossen, zur Deckung der Kosten der Chaussee Raichow Adelnau-schlesische Grenze ein Darlehen von 70 000 M. und zur Deckung der Kosten des Ausbaues der gräflich Skorzenowschen Privat-Chaussee von Raichow bis zum Befahrwege nach dem Bahnhof von Bintew ein solches von 40 000 Mark bei der Provinzial-Hilfsfeste gegen 3% Prozent, eine 1prozentige, 42jährige, doch erst am 1. April 1895 beginnende Amortisation aufzunehmen. Die jährlichen Zins- und Tilgungsräte von diesen Darlehen sollen nach demselben Maßstabe wie die übrigen Kreisstommunal-Beiträge aufgebracht werden. Der Kreisausschuss ist ermächtigt worden, das Darlehen eventuell bei einem anderen geeigneten Kreditinstitute, falls dasselbe günstigere Bedingungen als die Provinzialhilfsfeste gewährt, aufzunehmen. — Der Gelbwert eines Handtages für die Jahre 1894 und 1895 wurde auf 1 Mark und eines Spanndiensttages auf 4 Mark für den Kreis Adelnau festgesetzt. Aus dem Stande der Städte waren auf dem Kreistage 4, aus dem der Mittelpunkt 3 und aus dem Stande der Landgemeinden ebenfalls 3 Mitglieder anwesend. — Die Stunden des vor- und nachmittäglichen Hauptgottesdienstes an Sonn- und Festtagen sind vom nächsten Sonntag ab für den Polizeidistrikts-Gutsstaat auf die Zeit von 9 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 4 Uhr Nachmittags festgesetzt worden.

ch. Nowitsch, 6. Dez. [Feuer. Feuer glüht. Vom Bürgervereine.] Gestern gegen 5 Uhr Morgens brach auf dem Gehöft des Bürgers Stachyek in Stwolne Feuer aus. Dasselbe verbreitete sich auch auf das Nachbargehöft und legte die Wohnhäuser beider Gehöfte und ein Stallgebäude in Asch. Leider ist hierbei auch ein Menschenleben zu Grunde gegangen. Um sich an den Rettungsarbeiten zu beteiligen, war unter Anderen auch der Wirtschaftsbewerber Janas Jarosz aus dem Nachbardorf Ba-

Belladonna.

Roman von A. S. Mordmann.

[55. Fortsetzung.] (Nachdruck verboten.)

"Wenn Sie die Frage so stellen, schneiden Sie mir jede Antwort ab."

"Das will ich auch. Sie sollen nicht leugnen, was wir beide wissen, ich zu meinem Leid, Sie zu Ihrem Triumphe. Wie beneide ich den Mann, von dem Ihre Mutter mir gesagt hat! Aber ich fürchte, daß er Ihrer nicht würdig sein wird. Die Frauen, und gerade die besten unter Ihnen, haben einen Geschmack, der uns Männern meistens unbegreiflich ist. Dass meine Frau und Sie andere Männer vorziehen, verstehe ich ja, aber warum gerade solche, daß fasse ich nicht!"

"Wie Sie vorschnell urtheilen!"

"Ich bin überzeugt, wenn Sie mir einmal Ihren Auserwählten vorstellen, werde ich vor Entsehen auf den Rücken fallen."

"Vielleicht." Die Grübchen in Mathildens Wangen verschwanden sich. "Und doch hoffe ich, daß Sie mit der Zeit gute Freunde werden."

"Niemals!" sagte Sonneck unnachgiebig. "Ich will Ihnen auch garnicht kennen lernen. Er ist Ihrer gewiß nicht wert; das geht schon daraus hervor, daß Sie einmal nahe daran waren, mit ihm zu brechen —, natürlich durch seine Schuld."

"Ja, durch seine Schuld," bestätigte das junge Mädchen. "Aber er hat unter Umständen, die ihm sehr zur Ehre gereichen . . ."

"Sagen Sie das nicht," grollte Sonneck. "Ich glaube es doch nicht — es ist nicht wahr. Sie werden es mir niemals einreden."

"Wenn ich Ihnen die Sache auseinander setzen könnte, würden Sie mir doch glauben. Gerade Sie am ersten."

"Niemals. Ich kann nicht einschauen, wie es Umstände geben kann, die irgend jemand auf der Welt zur Ehre gereichen, wenn er sich mit Ihnen aussöhnt."

"Er glaubte Ursache zu haben, von mir gering zu denken."

"Und benutzte sie natürlich, ohne sich gründlich zu überzeugen."

Mathilde sah ihn mit so schalkhaft lächelnden Augen an, daß er unwillkürlich mitlachen mußte. Gleich darauf wurde er wieder ernst und fuhr leicht seufzend fort: "So, Mathilde, ich bin nicht besser als er, aber ich kann nicht gerecht sein gegen Einen, der mir raubt, dessen Besitz mir . . . Einerlei! Wäre ich an seiner Stelle gewesen . . ."

"Sie würden genau ebenso gehandelt haben."

"Ihnen gegenüber, Mathilde? Nie!"

Beide schwiegen, in ihre Gedanken versunken, die nach der finstern Wolke auf Sonnec's Stirn und dem Ausdruck in Mathildens Gesicht verschieden sein mußten, wie Nacht und Tag. Sonneck griff zu den Briefschaften, die vor ihm lagen, und spielte zerstreut damit; endlich fiel es ihm ein, daß sie erledigt werden müßten; er schob sie seinem Sekretär hin, und eben waren sie im Begriff, an ihre Abfertigung zu gehen, als an die Thür geklopft wurde und der alte Kaffka mit bestürztem Gesichtsausdruck erschien.

"Nun, was gibts?" herrschte ihn Sonneck an. "Du weißt doch, daß ich um diese Zeit nicht gesööt werden will!"

"Es ist nicht die Schuld Ihres Dieners," antwortete eine andere Stimme und hinter Kaffka trat ein streng ausschender Herr ein. "Ich glaube, Herr Sonneck, Sie kennen mich noch?"

"Ich erinnere mich," antwortete Sonneck, ungeduldig auffordernd. "Aber ich müßte nicht, was mir die Ehre Ihrer erneuerten Bekanntschaft verschaffen könnte."

"Es geschieht meinerseits mit großem Bedauern. Die Bonner Staatsanwaltschaft hat vom Oberstaatsanwalt in Köln den Auftrag erhalten, das Ermittlungsverfahren in der Borkhausenschen Sache wieder aufzunehmen. Es kann nach meiner festen Überzeugung zu nichts führen, aber Sie begreifen, daß mir vorläufig die Hände gebunden sind."

"Und Sie wollen mich verhaften?"

"Leider kann ich nicht anders. Wenn Sie wollen, be-

nutzen wir, damit kein Aufsehen entstehe, Ihre eigene Equipage. Ich habe auch meine Leute in Zivil mitgebracht."

"Gut. Hoffentlich werden Sie das Verfahren beschleunigen."

"Sie sind in acht Tagen spätestens wieder frei. Es liegen Momente vor, die Ihre Verhaftung nothwendig machen würden, selbst wenn ich noch aufrichtiger, als es schon der Fall ist, von Ihrer Unschuld überzeugt wäre."

Sonneck ließ anspannen und traf einige Anordnungen für die Zeit seiner Abwesenheit. Während er fort war, sprach der Fremde, in welchem Mathilde den Untersuchungsrichter vermutete, mit ihr; sie fragte ihn, ob nicht Sonneck gegen Stellung einer Kavution auf freien Fuß bleiben könnte; er setzte ihr die gesetzlichen Bestimmungen auseinander, die das unmöglich machen, und fügte hinzu:

"Wenn Sie zu Sonnec's Freunden gehören, so suchen Sie ihn zu veranlassen, mit gewissen Dingen, über die er bisher beharrlich geschwiegen hat, nicht länger hinterm Berg zu halten. Ich wollte gern für ihn thun, was möglich ist, aber mir sind die Hände gebunden. Ich habe einen Anderen im Auge, gegen den Sonneck mir als Zeuge dienen könnte, wenn ich nur einige Anhaltspunkte hätte, ja wenn auch nur eine Denunziation vorläge . . ."

Sonneck trat wieder ein und unterbrach das Gespräch. "Genügt es Sie nicht, Mathilde, mit einem Straßling zu fahren?" fragte er. "Dann steigen Sie bei uns ein, und ich seze Sie an Ihrer Wohnung ab."

Der sehr tafvolle Beamte war hinausgegangen und hatte die Thür hinter sich geschlossen. Mathilde trat dicht an Arno heran und sagte leise: "Wie dürfen Sie sich einen Straßling nennen, Arno? Haben Sie mir nicht gesagt, daß Sie unschuldig sind?"

"Und ich wiederhole es."

"Es bedarf dessen für mich nicht. Ich weiß es. Und wenn es Sie verdrießt, daß Sie Carr wegen eines glücklichen Augenblicks beneideten müssen, so möchte ich, daß Sie diesen Verdrüß nicht mit in die Haft nehmen."

Ungläublich, beinahe verständnislos sah Sonneck sie an

wodurch zur Brandstelle geeilt, wo er sich denn auch tatsächlich bei der Löschung und Rettung hervorragend betheiligte. Um das Feuer schneller und besser kämpfen zu können und auch um einem unerwartenen Zusammenstoß vorzubeugen, sollte eine Giebelwand niedergelegt werden. Auch hierbei half Jarosz mit. Als der Giebel einstürzte, wurde der Genannte von herabfallendem Mauerwerk derartig am Kopfe verletzt, daß er bewußtlos vom Blaue getragen werden mußte. Obwohl sofort ärztliche Hilfe herbeigeschickt wurde, konnte der Schwerverletzte nicht mehr gerettet werden. Heut früh ist er seinen Verlebungen erlegen. Der Bedauernswerte hinterläßt eine Frau und mehrere, noch unerzogene Kinder. Von einem Augenzeugen wird mitgeteilt, daß sich der Bräutigam, als er den Giebel sich senken sah, zu retten versuchte, doch konnte er dies nicht schnell genug ausführen, da ihm unnütze Gaffer, wie es solche bei gleichen Vorfallnissen leider immer in großer Anzahl gibt, im Wege standen. — In einer am Montag Abend im Saale des Schützenhauses stattgehabten Versammlung des Bürgervereins kam u. A. auch der Gelehrtwurf betr. die Tabak-Fabrikatsteuer zur Erörterung. Ein in die Verhältnisse eingeweihtes Mitglied legte dar, daß, falls sich der Tabaktonsum in Folge des Gesetzes nur um etwa 30 Prozent, wie regierungsettig angenommen wird, erhöhen sollte, sich die Löhne der hier beschäftigten Tabakarbeiter allein um 30—40 000 Mark jährlich niedriger stellen würden, wodurch auch die anderen Gewerbe leiden würden. Anwesende Fachleute widersprachen diesen Ausführungen nicht. Es wurde die Annahme einer Resolution gegen die geplante Steuer beschlossen.

+ Lissa i. P., 6. Dez. [Wegfall der Weihnachtsgeschenke. Schulhaus-Einweihung. Zuwendung.] Die Inhaber der biegsigen Destillationsgeschäfte haben ebenso wie die der Kolonialwaren-Geschäfte beschlossen die bisher hier üblichen Weihnachtsgeschenke an Kunden abzuschaffen. — Die Gemeinde Striesewitz hat in diesem Jahre ein neues Schulhaus erhalten. Die Einweihung desselben erfolgte am geschilderten Tage im Beisein der Herren Landrat von Hellmann und Polizeihauptinspektor Pastor Biderich aus Lissa, sowie vieler Gemeindemitglieder. Das Schulhaus besteht aus einem zweistöckigen, sehr geräumigen Bau und ist in der Mitte des Dorfes an der Lissa-Lazitzer Chaussee gelegen. — Dem Bienenzüchter-Verein für Storchheit und Umgegend ist von Seiten des Herrn Ober-Präsidenten zur praktischen und theoretischen Verbesserung im Interesse eines Geschenk von ca. 75 Mark überwiesen worden. Für diesen Betrag sind von genanntem Verein elf praktische Bienenvorrichtungen, sowie zwei Hauben und einige 80 Stück Kunstwaben zwecks Verloosung unter seinen Mitgliedern angeschafft worden.

+ Bromberg, 6. Dez. [Von der Stadtverordneten-Stichwahl.] Bei der geistigen Stadtverordneten-Stichwahl in der dritten Abteilung, über deren Ausgang bereits berichtet ist, war es wieder der hier seit einiger Zeit bestehende antisemitische Verein, — der Verein der "Urgermanen", der eine bisher bei Stadtverordnetenwahlen hier noch nicht dagewesene Agitation entfaltete, um die von ihm aufgestellten Kandidaten auch in der Stichwahl durchzubringen. Bei dieser Agitation zeichnete sich ganz besonders der Eisenbahndirektor Schummel von hier aus. Während der ganzen Wahlzeit agitirte er vor den Wahllokalen in einer Weise, welche allgemeine Misbilligung fand und zuwischen zu unlösamen Szenen führte. Der antisemitische Verein zählt leider zu seinen Mitgliedern fast nur Beamte und zwar vornehmlich nur Eisenbahnbeamte. Aber dieser Umstand kann doch eine derartige Agitation, welche wohl gegeben ist, dem konfessionellen Frieden unter den Bürgern Brombergs zu stören, nicht entschuldigen. Außer dem Herrn Schummel waren natürlich auch andere Mitglieder des Vereins, darunter auch zwei Richtbeamte, jedoch nicht in so hervorragender Weise, wie Herr S., agitatorisch tätig. Die Betheiligung an dieser Stichwahl ist übrigens eine recht bedeutende gewesen, wenigstens eine bedeutendere, wie bei der Hauptwahl, da diesmal 1110 Stimmen, bei der Hauptwahl nur 800 abgegeben wurden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

V. Erdkuhnen, 6. Dez. [Merkwürdiger Unfall.] Ein Gasthausbesitzer nahe bei Villafalen hatte den Weinstrank offen gelassen. Die Käse kletterte am Drahtgitter in die Höhe und war dabei eine Weinflasche herunter, die einem Kind, das nebenbei an der Erde spielte, auf den Kopf fiel, zerbrach und das Kind darüber verwundete, daß es jetzt hoffnungslos darnieder liegt.

g. Aus Schlesien, 7. Dez. [Stellungnahme zu den neuen Steuern. Zur Geschäftslage.] Gestern hielt

dann ergriff er plötzlich den Sinn ihrer Worte; er legte den Arm um ihre Taille, zog sie an sich heran und küßte sie zweimal zärtlich auf den Mund.

"Jetzt sollen sie mich töpfen, wenn sie wollen!" flüsterte er ihr zu. "Nun ist mir Alles einerlei, Du süßes Geschöpf!"

Mathilde entzog sich glühend, verwirrt und lachend seiner Umarmung. "Es ist nur gut", sagte sie neckend, "daß der Andere darüber nicht eifersüchtig sein wird."

"Dann hätte er kälteres Blut als ich," antwortete Sonneck.

Mathilde schüttelte lachend den Kopf; wer die beiden gesehen hätte, würde nicht geglaubt haben, daß eben ein so widerwärtiger Schicksalschlag sie betroffen habe.

Erst als Mathilde von ihrer Haustür aus dem davonrollenden Wagen nachsah, kam ihr die Schwierigkeit der Lage wieder voll zum Bewußtsein. Sie bemerkte es gar nicht, daß Rabe hinter ihr stand und ebenfalls mit ernstem Sinnem dem Wagen Sonnecks nachsah. Erst als sie sich umwandte, um in den Flur einzutreten, ward sie ihren Hausgenossen gewahr.

"Wissen Sie, was das für ein Mann war, der neben dem Kutscher auf dem Bocke saß?" fragte er sie.

"Ein Polizist; ich weiß es. Herr Sonneck ist verhaftet worden."

"Verhaftet!" rief Rabe erschrocken aus. "Das darf nicht sein! Wie sich das unglücklich trifft! Ich könnte ihm helfen, wenn ... Aber bitte, erzählen Sie mir erst Alles."

"Haben nicht Sie diese Verhaftung veranlaßt?"

"Welche Idee! Wie kommen Sie darauf?"

"Nun, ich meinte nur. Man hat neuerdings Herrn Sonneck wieder sehr mit Spionage verfolgt, und da glaubte ich ..."

"Ich bin allerdings dabei betheiligt, aber zu Gunsten Sonnecks. Er ist mein alter Freund, und ich handle im Auftrage seines Anwalts Spohr. Ich kann es Ihnen durch Briefe beweisen."

"Lassen Sie uns hineingehen", bat Mathilde. Ich bin so aufgeregt, daß ich mich erst etwas erholt haben muß."

Sie gingen in das Haus zurück und setzten sich dann hinten auf die Gartenbank. Es war Rabe natürlich leicht,

die Handelskammer für die Kreise Reichenbach, Schwäbisch Gmünd und Waldenburg eine Sitzung ab. Aus den gepflogenen Verhandlungen ist hervorzuheben, daß sich die Handelskammer den Eingang verschiedener Handelskammern und Korporationen gegenüber, betreffend Neubebungen gegen die Steuercollekte für Wein, Tabak, Frachtbriefe und Quittungen ablehnend verhielt, sich aber dem Protest der Handelskammer Breslau gegen die Stempelsteuer auf Frachtbriefe und Quittungen anschloß, da diese Steuern den kleinen und mittleren Handelsstand schwer schädigen würden. Wenn aber die Einführung einer solchen Steuer unbedingt nothwendig wäre, dann möge wenigstens die Quittungssteuer fallen gelassen werden. Hierbei teilte der Vorsitzende mit, daß sich der Ausschuss des deutschen Handelstages demnächst mit der Beratung der neuen Steuern beschäftigen werde. — Bei Besprechung über die Lage von Handel und Industrie im laufenden Quartal wurde hervorgehoben, daß die Textilindustrie in Folge der amerikanischen Konkurrenz viel zu leiden habe. Die Leinenindustrie sei zur Zeit unrentabel. In der Maschinenfabrikation drücke die auswärtige Konkurrenz die Preise nieder; landwirtschaftliche Maschinen finden fast keinen Absatz. Der Detailhandel klage über sehr geringen Absatz.

Militärische Mittheilungen.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

In militärischen Kreisen ist man sehr gespannt auf die Resultate der vierten Bataillon, welche in diesem Übungsjahr zum ersten Male in Funktion getreten sind. Bekanntlich sollen die vierten Bataillone im Frieden hauptsächlich dazu dienen, den drei vollen Bataillonen die Last der Ausbildung des Nachsatzes, der Schullehrer, der Einjährigen, der Reservetruppen u. s. w. abzunehmen. Dadurch befinden sich die vierten Bataillone in der für einen Soldaten gerade nicht angenehmen Lage der steten Rekrutenausbildungsperiode. Diese Periode ist aber bekanntlich für den Unteroffizier sowohl wie für den betreffenden Rekrutenoffizier die anstrengendste und ermüdendste wegen der fortwährenden Gleichmäßigkeit der Beschäftigung. In diesem Augenblick, in dem sich noch sämtliche Truppenteile in der Rekruten-Periode befinden, läßt sich über den Einfluß dieser steten Beschäftigung mit der Detailausbildung auf die vierten Bataillone nicht urtheilen; erfahrene Militärs fürchten aber, daß dieser Einfluß auf die Dauer nicht gerade günstig hauptsächlich auf das Unteroffizierkorps wirken dürfte. Dazu kommt, daß es im Verhältniß zu der vermehrten Rekruteneinstellung noch an Unteroffizieren und Offizieren mangelt, daß also in den nächsten Jahren von einem steten Wechsel des Ausbildungs-Personals bei den vierten Bataillonen, welcher bei Erlass des Gesetzes vorgesehen war, nicht die Rede sein kann. Der Dienst ist bei den vierten Bataillonen ein sehr schwerer, aufreibender und langweiliger, ein Wechsel im Ausbildungspersonal ist dringend nötig, soll nicht eine die Truppe schädigende Unlust bei Offizieren und Unteroffizieren eintreten.

* Berlin, 6. Dez. Die Rangliste der kaiserlich-deutschen Marine für das Jahr 1894 ist erschienen.

Aus dem Gerichtssaal.

* München, 6. Dez. Das Mitnehmen von Hunden in Gaststätte und Wirthsgärten ist polizeilich verboten. Der Bäcker des Spatenbräukellers erhielt im vorigen Monat einen Strafbefehl auf 3 M., weil er seinen kleinen Rattenfängerhund in seinem Wirthsgarten frei herumlaufen ließ. Gegen diesen Strafbefehl erobert der Bäcker Einspruch, den er damit begründete, daß er der Meinung wäre, das Verbot des Mitnehmens von Hunden beziehe sich nur auf die Gäste, und er als Wirth könne doch seinen Hund, den er sehr notwendig brauche, nicht anderswo als in seinem Lokale, das seine Behausung sei, vermahren. Im übrigen zahle er seine 15 M. Steuer und der Staat selbst prämire besonders die nützlichen Rattenfänger. Er wüßte, wenn ein solches

Mathilde zu beweisen, daß er lediglich im Interesse Sonnecks handle. Sie teilte ihm alle Umstände von dessen Verhaftung mit, namentlich auch die Worte des Untersuchungsrichters, die ihr noch immer räthselhaft waren. Aber Rabe sprang fröhlich auf. "Ich hab's!" rief er. "Geben Sie Acht! Man hat Verdacht auf Thießen, aber keine Anhaltspunkte, um ihn zu verhaften. Die werde ich beibringen."

Er lief aufgeregt auf dem Gartenwege hin und her, und dann stürmte er ins Haus hinein, gleich darauf war er wieder draußen. "Fräulein Schmidt!" rief er. "Mir zittert die Hand so, daß ich keinen Buchstaben schreiben kann. Darf ich Ihnen diktieren?"

Mathilde, die ihre ganze Selbstbeherrschung wieder gewonnen hatte, stand schweigend auf, folgte Rabe ins Haus und in sein Zimmer, setzte sich an seinen Tisch, faltete einen Foliobogen und schrieb, während Rabe, hin- und hergehend, dictierte.

"Wie ich erfahre", so lautete das Schriftstück, "wurde heute auf Requisition der Staatsanwaltschaft Herr Arno Sonneck auf Siegmar wegen Verdacht des Mordes, begangen an seinem Stiefvater Borkhausen, in Untersuchungshaft genommen.

Der Thäter kann aber Herr Sonneck nicht sein. Wenn überhaupt ein Giftmord vorliegt, so ist er von Herrn Sanitätsrath Thießen in Bonn begangen worden.

Gegen Herrn Sonneck spricht überhaupt nur ein einziger Umstand, die lange Zeit, die seine Rückkehr von Bonn nach Siegmar in Anspruch genommen hat. Indessen kann dieser Umstand, der nichts Belastendes enthält, durch eine Zeugin, die ich unter dem Namen Josefa kenne, befriedigend aufgeklärt werden.

Indem ich mir weitere Mittheilungen über diese in mancher Beziehung sehr wichtige Zeugin vorbehalte, bemerkte ich hier nur Folgendes: Josefa ist nach ihrer eigenen Angabe eine natürliche Tochter Thießens, seit längerer Zeit aber aus ihrer früheren Wohnstätte in der Nähe von Siegmar verschwunden; zuletzt ist sie im Hause ihres Vaters gesehen worden.

Das Verschwinden dieser Zeugin ist in hohem Grade verdächtig; es ist vermutlich von Thießen veranlaßt worden,

Verbot auf die Wirthschaft ausgedehnt werde, keinen Aufenthaltsort für seinen Hund. Das Schöffengericht verworf den Einspruch und erkannte, daß diese polizeiliche Verordnung auf die Wirthschaft gerade so gut wie auf die Gäste Anwendung finde.

* London, 4. Dez. Gelegentlich eines Erbschaftsprozesses vor dem Londoner obersten Gerichtshof ist von der verklagten Dame eine wundersame, vorläufig noch der Bestätigung bedürfende Geschichte (von ihrer Heirath mit einer — Frau) vorgebracht worden. Ein gewisser William Culver, der 1853 starb, hatte die Einkünfte seines Vermögens seiner Witwe und nach ihrem Tode oder ihrer Wiederverheirathung seiner Tochter hinterlassen. Nach der Auflage der letzteren heirathete die Mutter im Jahre 1866 einen gewissen Stanly, worauf die Nutzung des väterlichen Vermögens der Tochter, wie dieselbe behauptet, nur zum Theil überlassen wurde. Die Mutter beansprucht indeß in ihrer Gegenfrage jetzt den vollen Besitz des Vermögens und begründet dies mit der folgenden Behauptung. Sie hätte 1866 für den Mann ihrer Tochter eine Bürgschaft übernommen und sei, als derselbe seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte, von dessen Gläubigern arg bedrängt worden. Damals wäre sie auf den Gedanken verfallen, daß sie denselben leichter entgehen und für ihre Familie besser sorgen könnte, wenn sie sich als Mann verkleidete. Sie that dies und hat in Wirklichkeit — darin stimmen die Zeugen überein — seit jener Zeit als Mann ein gutgehendes Geschäft als Klempner und Tagesarbeiter betrieben. Um aber ferner die Binsen des Vermögens ihres verstorbenen Mannes, die bei ihrer Wiederverheirathung ihren Kindern zufallen würden, vor ihren Gläubigern zu sichern, habe sie sich 1866 verkleidet, aber nicht, wie ihre Tochter behauptet, mit einem James Stanly. Dieser Mann wäre im Gegentheil sie selbst gewesen und die angebliche Mrs. Culver, eine entfernte Verwandte, welche, da sie selbst ja stets in Mannskleidern als ihre Frau galt. Der Prozeß wurde auf einige Tage verschoben.

Vermischtes.

+ Die Vermählung der Prinzessin Elisabeth von Bayern mit dem Lieutenant Otto Freiherrn v. Seefried er scheint um so bewundernswerther, als die Familie des Letzteren nicht katholisch, sondern evangelisch ist. Die Familie Seefried v. Buttenheim gehört zur vormaligen reichsunmittelbaren fränkischen Ritterschaft in den Kantonen Gebürg, Ilbn und Berra und hat ihren Wappenschein am 20. Juni 1546 vom Kaiser Karl V. erhalten. Die alte Adel mag wohl auch dazu beigetragen haben, die Bedenken gegen die eheliche Verbindung einer Prinzessin aus dem Hause Wittelsbach mit dem Majoratsberen jener Familie zu beheben. Die Vermählung hat, wie gemeldet wurde, in Genua stattgefunden und ist durch den dortigen Erzbischof, also nach katholischem Ritus, vollzogen worden. Aber sowohl nach dem bayerischen wie nach dem italienischen Ehegesetz mußte dem kirchlichen Alter die Civil-Trauung durch das Standesamt vorangehen, und da die Braut dem bayerischen Königshaus angehörte, so ist anzunehmen, daß der Civil-Alt und die Eintragung der Ehe in das Civil-Standesregister vorher in München durch den Minister des königlichen Hauses, Freiherrn v. Grätzheim, vorgenommen worden ist. Lieutenant Otto Freiherr v. Seefried ist der älteste Sohn des Chefs der Familie, Ludwig Freiherr v. Seefried v. Buttenheim, und als solcher Erbe des Majorats, das aus den aldeimittigkeiten Buttenheim, Hagenbach, Adlis, Neuseß und Wolfenstein im Ausmaße von 2484 bayerischen Tagwerken besteht. Der Vater, Ludwig Freiherr v. Seefried, ist gegenwärtig Oberstleutnant und Kommandant des zweiten bayerischen Ulanen-Regiments in Ansbach. Bei dieser militärischen Stellung ist es erklärlich, daß er gleichfalls sehr entschlossen gegen die Fortsetzung der Beziehungen seines ältesten Sohnes zu der Prinzessin Elisabeth war, so lange dieselben vom Prinzen Regenten und dem Prinzen Leopold nicht gebilligt wurden und die Möglichkeit einer Verbindung des Paars nicht gegeben war. Neben dem gedenkt Kaiser Franz Joseph als neuvermählte Paar mit einem größeren Grundbesitz in Österreich auszuzeichnen. Es heißt, daß hierzu eine Herrschaft in Tirol bestimmt sei. Nun hat in der That der Kaiser vor mehreren Monaten das Schloss Petersberg im Innthal nebst dem dazugehörigen Grundbesitz vom Grafen Wolkenstein ein läufig erworben und dasselbe, als er Ende September zur Enthüllung des Hofer-Denkmales und zum Besuch der Tiroler Landesausstellung in Innsbruck verweilte, persönlich besichtigt. Zum Besitz von

der ein Hauptthebel der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Sonneck ist und eine dabei unbequeme Zeugin bestellt werden sollte.

Thießen ist am längsten mit Borkhausen allein zusammen gewesen; Zeugen dafür sind die Diener auf Schloss Siegmar.

An Gelegenheit, das Verbrechen zu begehen, hat es ihm also nicht gemangelt; aber welche Motive konnte er haben?

Ich finde davon zwei. Rache und Gewinnsucht.

Thießen hat im Spiel viel Geld an Borkhausen verloren. Zeugen: Generalmajor v. Feuerriegel, Justizrat Sprink, Bankdirektor Sebald, Hausbesitzer Nagel, Kaufmann Christophersen, alle in Bonn. Er hegte deswegen großen Haß gegen Borkhausen; auch dafür Zeugen herbeizuschaffen macht mich anheischig.

Dazu kommt aber ein weiteres, geradezu entscheidendes Moment. Thießen hatte Ursache zu glauben, daß Borkhausen ihn in seinem Testamente mit einem sehr großen Legat bedacht habe. Denn Borkhausen, der nur aus Lust am Spiel diesem Laster fröhnte, und der durchweg gewann, hatte wiederholst gewußt, er habe über alle Gewinne und Verluste Buch geführt und werde seinen verlierenden Genossen die betreffenden Summen in seinem Testamente zurückstatten.

Ein solches Testamente hat wirklich existirt. Kassier, Diener auf Siegmar, hat es als Zeuge unterschrieben und kann darüber vernommen werden.

Nun aber hatte Borkhausen am letzten Spielabend — es war einen Tag vor seinem Tode — einen Streit mit Thießen und Christophersen, in dessen Verlauf er zornig die Absicht aussprach, ein neues Testamente zu machen, worin er die zu Gunsten seiner Spielfreunde ausgesetzten Legate zurücknehmen würde. Es lag natürlich in Thießens Interesse, der Ausführung dieses Entschlusses zuvorzugkommen. Zeugen hierfür die eben genannten Herren.

(Fortsetzung folgt.)

Petersberg gehören eine ausgedehnte Dekommission im Innern und die große Alpe Kühtal mit Baulichkeiten für Rindviehzucht, wie solche auf keiner zweiten Tiroler Alpe zu finden sind. Man glaubt nun, daß Schloss Petersberg als Hochzeitsgeschenk für die Prinzessin Elisabeth und deren Gatten bestimmt sei. Es hieß auch in der That in München, daß Erzherz. v. Seefried sich nach seiner Vermählung der Landwirtschaft widmen solle.

† **Fatale Schminke.** Amerikanische Blätter berichten einen ergötzlichen Zwischenfall, der fürstlich in innen Hauf auf ihrer Reise nach Chicago passierte. Bei ihrer Landung in New York wurde sie eingeladen, einige Gastrollen zu geben, darunter auch die Afrikanerin an der Philadelphiaer Oper zu singen. Die Kostüme, um welche nach Europa gekauft werden mußten, trafen rechtzeitig ein, aber die braune Schminke war vergessen worden — nach einem Suchen fand Minnie Hauf das Gewünschte in einer Philadelphiaer Apotheke, und sie sang Selta, die Schlüsselrolle ihres Gastspiels, unter dem gewohnten Jubel des Publikums. Am nächsten Tage sollte sie ihre Reise nach Chicago fortsetzen, um noch die letzte Ausstellungswoche mitzumachen. Indessen vergeblich wandte sie alle Mittel an, um die dunkelbraune Farbe von Gesicht, Schultern und Armen loszuwerden; sie blieb eine „in der Wölle gefärbte“ afrikanische Königin, und erst nach Ablauf einer Woche war die natürliche Hautfarbe so weit zurückgekehrt, daß sie die Weiterreise antreten konnte, gerade rechtzeitig, um die Weltausstellung noch am letzten Tage vor ihrem Schluss zu besichtigen.

† **Reinigung des Rauches.** Die Birminghamer Münze hat einen neuen Apparat zur Entfernung des Rauches angenommen. Er ist unter dem Namen „Elliots Smoke and Fumes Inhibitor“ patentiert. Der Erfinder, ein Fabrikant in Newbury, Flintshire, hatte nach der Bestimmung des Gesetzes zur Verhinderung des Rauches mehr als einmal starke Strafen zu zahlen. Er versuchte Verschiedenes, um seinen Fabrikrauch zu beseitigen, bis er schließlich darauf kam, ihn durch Wasser steigen zu lassen. Diese Idee arbeitete er dann weiter aus. Der in den Schornstein austretende Rauch wird jetzt durch einen Fächer, welcher 2000 Umdrehungen in der Minute macht, in eine mit etwas Wasser gefüllte Pfanne getrieben, wo sich der Waschprozeß vollzieht. Das Wasser der Pfanne wird in fortwährender Bewegung erhalten. Aus der sich stets frisch füllenden Pfanne flektiert die abgesetzte Kohle ab, sodass die in die Höhe steigenden Dämpfe fast vollständig farblos sind oder weiß wie Wasserdämpfe aussehen.

† **Der Krieg der Pariserinnen gegen de Goncourt.** Die Pariser Damen sind in großer Aufregung. Vor einigen Tagen hielten sie in der Mairie des sechsten Bezirks eine von der Liga für Frauenemanzipation einberufene Versammlung ab, um gegen die unerhörten Beleidigungen, die der bekannte Schriftsteller de Goncourt gegen die Frauenwelt gerichtet hat, Stellung zu nehmen. Eine Rednerin teilte ihren Mitschwestern mit, daß de Goncourt es gewagt habe, die Phrase: „Es gibt Männer, aber es gibt nur eine, vielmehr die Frau“ zu schreiben und drucken zu lassen. Die Zuhörerinnen rasten vor Wut; die Frauen wollen es nicht zugeben, daß sie alle gleich sind. Und sie haben Recht. Eine jede Frau unterscheidet sich nicht nur von der anderen, sondern jede von ihnen unterscheidet sich oft sogar von der Frau, die sie selbst noch vor wenigen Stunden oder vor wenigen Tagen war. Souvent femme varie... La donne a mobile. Franz I. sagt es, Rigoletto sagt es, warum will Goncourt nicht der Meinung sein. Aber der berühmte Romanist giebt sich nicht besiegt. Er führt psychologische Gründe und anthropologische Daten ins Feld: „Betrachten Sie Frauengruppe und Männergruppe; die letzteren unterscheiden sich von einander, die ersten sind alle gleich.“ So sprach Goncourt zu einem Redakteur des „Eclat“. Es ist die Theorie Lombrosos über die geringere Variabilität des Weibes, durch welche seine Inferiorität nicht die Lombrosos, sondern die des Weibes bedingt wird. Über Lombroso soll sich in Acht nehmen; die weiblichen Apostel, die die Emanzipations-Liga bilden, gedenken, auch mit ihm und mit dem famosen Sar Belabang anzubinden. Die beiden Herren können sich auf einen Angriff gefasst machen. Inzwischen hat die Liga beschlossen, an Herrn de Goncourt ein Protestschreiben zu senden; Frau Fontaine-Pierre wird den Brief schreiben; sie war es auch, die die intramittirte Prise bekannt gegeben hat. Heutzutage genügt es nicht, „Manette Salomé“ und „la Folle Elisa“ geschrieben zu haben. Um den Beifall der Frauenliga zu finden, muß man erkennen, daß die Frau nicht — ein Singular, sondern ein Pluralmessen ist.

† **Verhungert Copenhagen.** 3. Dez. Aufsehen erregt

in schwedischen wie überhaupt skandinavischen Studentenkreisen der vor einigen Tagen erfolgte Tod des Studenten der Theologie Olmer Carlson in Uppsala. Der 27-jährige junge Mann ist, wie die Untersuchung der Leiche ergab, an Hunger gestorben. Ganz mittellos, hatte er vergebens versucht, durch Unterrichtsgaben seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Seit Juli hatte er, nach Aussage seiner Witwe, von 20 Kronen gelebt. Vollkommen entkräftet, halb wahnsinnig und von Halluzinationen geplagt, stand er endlich in einem Krankenhaus Aufnahme, zu spät jedoch, um noch gerettet werden zu können.

Sport.

— Die ersten Rennetermine in Deutschland für das Jahr 1894 publiziert der „Deutsche Sport“ in Berlin. Nach diesem Blatte wird der Union-Klub die leitende Körperschaft im deutschen Rennbetriebe, auf seiner Bahn in Hoppegarten 19 Rennen abhalten, die am 23. April beginnen und am 16. Oktober schließen. Die überhaupt ersten Rennen 1894 finden in Dresden statt, und zwar am Ostermontag, den 26. März, und auch der zweite Rennstag des Jahres, der 15. April, gehört der sächsischen Hauptstadt, wo sonst noch am 3. und 6. Mai, sowie 23. September und 14. Oktober Rennen stattfinden. In Hamburg kommen sowohl auf der alten Bahn in Horn wie auf der neuen in Groß-Borsig je sechs Rennstage zur Abhaltung, in Horn am 29. und 30. April, sowie 17., 18., 24. und 25. Juni, in Groß-Borsig am 3. und 20. Mai, 1. und 3. Juni, sowie 22. und 29. Juli. Außerdem sind noch für folgende Städte im Reiche die Termine festgesetzt worden: Leipzig 26. und 27. Mai, 29., 30. September, München 27., 28. Mai, Aachen 17., 18. Juni, Hannover 30. Juni, 1., 3. Juli, 7., 8. Oktober, Breslau 14., 15., 16. Juli, Königberg 1. Br. 22., 29. Juli, 5. August, Döberan 30., 31. Juli, 1. August, Travemünde 3., 5. August, Gotha 12., 13. August, Frankfurt a. M. 19., 20. August, Baden-Baden 26., 28., 30. August, 1., 2. September. Für die neue Bahn des Vereins für Hindernissrennen im Osten Berlins, in Karlshorst, wurden die Termine zwar noch nicht veröffentlicht, doch soll die Eröffnung der neuen Anlage nicht vor Mai stattfinden. Bei dieser Gelegenheit mag es nicht ohne Interesse sein zu erfahren, daß der „Deutsche Sport“, das Berliner Fachblatt, das während der Neuzeit täglich erscheint, seinen Abonnementspreis auf die Hälfte herabgesetzt hat und mit dem neuen Jahre nur noch 3 Mark vierteljährlich kostet.

Marktberichte.

** **Breslau.** 7. Dez., 9^h, Uhr Vorm. [Privatbericht.] Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war stärker, die Stimmung matt und Preise zum Theil rückgängig. Weizen in matter Stimmung bei starkem Angebot, weiter per 100 Kilogramm 13,40—13,50—14,00 M., gelber 13,30—13,50 bis 13,80 M. — Roggen nur billiger verläufig, bezahlt wurde per 100 Kilogr. netto 11,70—12,20 bis 12,40 M. — Gerste unverändert, per 100 Kilogramm 11,00—12,00—13,00—14,00—16,00 M. — Hafer matter, per 100 Kilogramm 13,60—15,00—15,60 M. — Mais ruhig, per 100 Kilogramm alter 11,50 bis 12,50 bis 13,00 M., neuer 11,20 bis 11,30 M. — Erbsen ohne Frage, Roserbens per 100 Kilogramm 14,50—15,00 bis 16,00 M. — Vittoria stärker angeboten, 16,50 bis 17,50 bis 18,50 M., Zuckererbse 13,50—14,50 M. — Bohnen ohne Frage, per 100 Kilogramm 12,00 bis 13,00 bis 14,00 M. — Lupinen wenig Geschäft, gelbe per 100 Kilogramm 10,00 bis 11,00 M., blaue per 100 Kilogr. 9,00 bis 10,00 M. — Weizen schwach angeboten, per 100 Kilogramm 12,00—13,00—14,00 M. — Delfsäaten ohne Aenderung. Schlagelmais unverändert, p. 100 Kilogramm 19,00—22,00—23,00 M. — Winterrapunzel unverändert, per 100 Kilo 19,50 bis 20,75 bis 22,00 M. — Winterrüben ruhig, per 100 Kilogramm 19,20—20,50 bis 21,80 M. — Sommerrüben ruhig, per 100 Kilogramm 18,50—19,50—21,50 M. — Leinblätter schwach umgesetzt, per 100 Kilogramm 18,00—19,50 M. — Hanfsaat ruhig, per 100 Kilogramm 17,00 bis 18,00 M. — Rapssuchen ziemlich fest, per 100 Kilogramm schlesische 12,75 bis 13,25 M. — Fremde 12,50 bis 12,75 M. — Leinkuchen ziemlich fest, per 100 Kilogramm schlesische 15,00—15,50 M. — Fremde 14,00—14,50 M. — Palmkuchen ziemlich fest, per 100 Kilogramm 12,25—12,75 M. — Kleesamen matter, rother per 50 Kilo 45—55—60—64 M., weißer per 50 Kilogramm 30—40—55—60—70—79 M., allseitiger über Nottz. — Schwere

discher Kleesamen per 50 Kilo 45—55—60—69 M., Tannen-Kleesamen per 50 Kilo 35—45—55—57. — Thymothée per 50 Kilogr. 14,00—22,00—25,00—27,00 M. — Gelbklee 30—35—45 M., allseitiger über Nottz. — Reb: ruhig, p. 100 Kilo inkl. Saat Brutto Weizenmehl 00 2,25—20,75 M. — Roggenmehl 00 18,00—18,50 M. — Roggen-Hausboden 18,00 bis 18,25 M. — Roggenfuttermehl per 100 Kilogramm inländisches 9,40—9,80 M., ausländisches 9,00—9,30 M. — Weizen-Miete per 100 Kilogr. 18,80—19,20 M., ausländ. 8,40 bis 8,80 M. — Weizen-Schale per 100 Kilo 8,60 bis 9,00 M. —

Telephonische Börsenberichte.

Breslau. 7. Dez. Spiritusbericht. Dezember 50 er 48,40 M., 70 er 29,00 M., Jan. 70 er —, — M., April —, — 70 er —, — M. Tendenz: unverändert **London.** 7. Dez. 6 proz. Tabazucker loko 15^{1/2}. Stetig. Rübenerholzucker loko 12^{1/4}. Stetig.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 7. Dez.	Schlaf-Kurse.	Not.v.6
Weizen pr. Dez.	142 50 142 75	
do pr. Mai	150 — 150 —	
Roggen pr. Dez.	125 75 125 75	
do pr. Mai	129 25 129 50	
Spiritus. (Nach amtlichen Notrungen.)		Not.v.8
do 70er loko o. f.	31 80 32 —	
do 70er Dez.	31 50 31 80	
do 70er Januar	— — —	
do 70er April	37 10 37 20	
do 70er Mai	37 30 37 40	
do 70er Junt	37 70 —	
do 80er o. f.	51 20 51 60	
dt. 8% Reichs-Anl 85 40	85 30 85 20	Not.v.6
Konsolid. 4% Anl. 106 60	106 60 106 60	do. Liquid.-Pfdbr. 64 20 —
do 3 ^{1/2} % 1'0	100 — 100 —	do. 4% Goldbr. 94 70 94 70
Bof. 4% Pfandbr. 101 60	101 60 101 60	do. 4% Kronenr. 90 70 90 40
Bof. 3 ^{1/2} % do.	98 1 98 10	Deitr. Krebs.-Alt. 207 50 207 10
Bof. Rentenbriefe 102 80	102 70 102 70	Lombarden 44 — 43 —
Bof. Prov.-Obig 95 25	95 10 95 10	Dist.-Kommandit 172 70 170 20
Osterr. Banknoten 163 30	163 30	
do Silberrente 98 20	98 20	Fondstimmung
Russ. Banknoten 215 60	215 20	schwächer
R.4 ^{1/2} % Pfdbr. 103 —	103 10	

Ostpr. Südb.G.S.A 70 25	70 —	Schwarzkopf 216 25 212 —
Mainz-Ludwigsd. 109 —	108 —	Dortm.-St.-Br. G. A. 53 10 51 40
Marienb. Miam. do 71 25	70 40	Gelsenkirch. Kohlen 142 50 142 —
Griechisch 4% Goldbr. 26 30	27 50	Knowazl. Steinsalz 38 — 36 60
Italiensche Rente 80 40	80 20	Ultimo:
Westfälische 4.1890 66 —	66 20	St. Mitteln. E. St. A. 85 75 85 70
Russ 4% konst. 1880 99 20	99 20	Schweizer Centr. 115 30 115 50
do 2.1. Orient. Anl. 68 20	68 —	Wachauer Wiener 222 — 222 —
Rum. 4% Anl. 1890 82 —	82 25	Verl. HandelsgeSELL. 180 40 128 90
Serbische R. 1825. 70 10	69 80	Deutsche Bank-Alten 153 25 152 50
Türk. 1% konst. Anl. —	24 15	Königs- und Laurah. 107 60 107 20
Dist.-Kommandit 173 10	172 —	Bochumer Gußstahl 118 50 116 10
Bof. Spritfabrik — — —	— — —	Nachbörse. Kredit 207 50, Disconto-Kommandit 172 75, russische Noten 215 75.

Standesamt der Stadt Posen.

Am 6. Dezember wurden gemeldet:

Aufgebote.

Heizer Hermann Wendland mit Ida Scheller.

Geburten.

Ein Sohn: Maurer Julius Bredow.

Eine Tochter: Bremwärter Wladislaus Kowalski. Polizei-Bureau-Assistent Wilhelm Mannigel. Schuhmacher Andreas Hababicki. Tischler Jakob Sileski.

Sterbefälle.

Hedwig Lucyna 9. Wch. Oberst-Lieutenant z. D. Julius Steinbrunn 59 J. Martha Dzikowska 14 Jg. Destillateur Hermann Kuzner 26 J. Frau Marianna Maciejewska 57 J.

Vom Weihnachtsbüchertisch.

* Heinrich Hofmann, „Aus Studienmappen deutscher Meister“ IX. Herausgegeben von Julius Lohmeyer. Verlag von C. T. Wiskott, Breslau. Preis 15 M. Wenig lebende Künstler erfreuen sich wohl eines so intimen, persönlich interessanten Verehrerkreises wie Heinrich Hofmann, in dem sie nicht nur den vornehmsten, hervorragenden Meister, sondern vor allem auch den Künstler hochschätzen, der wie kein anderer unserer Tage, in seinen hebenswerten Darstellungen der Gestalten der heiligen Geschichte den sympathischen Ausdruck des christlich-religiösen Empfindens der Gebildeten gefunden hat, derem andachtsvollen Anschauungsbedürfnis er die heiligen Vorgänge allwertständlich, in überzeugender Lebendigkeit, und zugleich weitherrlicher Schönheit vor Auge und Seele führt. — Der Schöpfer der in Hunderten tausenden von Reproduktionen bekannt gewordenen lästlichen Gemälde: „Jesus knabe im Tempel“, „Predigt am See Genesareth“, „Christus und der reiche Jünglinge Christi Gefangen nahme“ (die in großer, prachtvoller Photogravure soeben in dem obigen Verlage erschien) und den beiden, in beispiellosem Verbreitung über die ganze Erde gewanderten, herrlichen Bilder-Clystern aus dem Leben des Heilandes: „Gediente mein“ und „Kommet zu mir“ (letzteres gleichfalls im Lichtdruck und Photographie in obigem Verlage), überließ dem Herausgeber dieser „Studienmappe“ die sich denen von Menzel, Lenau, Dreyger, Gesellschaft, Schuch, Grüner, Meyerheim, v. Werner ansieht, einen kleinen Schatz bisher unveröffentlicht gebliebener Kunstwerke, Meisterstücke klarer und strenger Zeichenkunst von bezaubernder Anmut und Innigkeit, wie die „Andeutung der Engel“, die „Taufe“, der „tröstende Christus“, „Kreuzigung“, „Mutter und Kind auf dem Grabe“, „Antigone“ und Studien von durchdringender Verinnerlichung, wie der zu einem Christuskopfe und die der beiden Italienerköpfe, sowie die erste große Farbenstudie zu der berühmten Seeprädigt.

* Ludovico Bassini, „Aus Studienmappen deutscher Meister“ X. Herausgegeben von Julius Lohmeyer. Verlag von C. T. Wiskott, Breslau. Preis 15 M. Das Werk bietet den vielen Freunden des berühmten Meisters zehn bisher unveröffentlichte, charakteristische Originalwerke in Lichtdruckreproduktion, die den ganzen Zauber der graziosen, lebenswundernden Schöpfungen dieses feinsinnigen liebenswürdigen Künstlers atmen. Wir erfreuen uns an den anmutsvollen „weiblichen Studien“ i. e. „Kinderköpfen“ und dem geradezu berückenden Kinderköpfchen „Amalieta“, ganz besonders auch an einem zarten, lieblichen „Amorettenächer“ und dem höchst originellen „Brüderchen“ „Friedrich J. Bäjeken“, schiedert in dem jetzt erschienenen Bande „Bob der Millionär“ den Gründer des Staates, während die beiden

Hauptgewinn
i. W. v.
50,000

MARK

Keine Ziehungsvorlegung!

Morgen

15890

Einsatz
1 MARK

Hauptziehung der Weimar-Lotterie

5000 Gewinne i. W. v. 150,000 Mk.

Loose à 1 Mark, 11 Stück für 10 Mark, 28 Stück für 25 Mark
find zu haben in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und durch den

Vorstand der Ständigen Ausstellung in Weimar.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung,

betreffend die Wahlen zur Handelskammer.

Die nachbenannten Mitglieder der Handelskammer Herren Stadtrath Annus, S. Asch, Stadtrath Kantorowicz, B. Leitgeber und M. Warschauer scheiden mit Ablauf dieses Jahres aus der Handelskammer aus. Durch den Tod ist Herr Carl Brandt ausgeschieden. Der Termin, in welchem 6 Mitglieder der Handelskammer auf eine Amtszeit von 3 Jahren zu wählen sind, wird auf 16227

Donnerstag, den 14. Dezember 1893,

Nachm. von 3—6 Uhr,

im Stadtverordneten-Sitzungssaal (Rathaus) abgehalten.

Posen, den 6. Dezember 1893.

Der Wahlkommissarius der Handelskammer.

ged. Hepner.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Beichen- und Meisterregister, sowie die Eintragungen betreffend die Ausschließung oder Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft werden im Jahre 1894 von dem unterzeichneten Amtsgericht veröffentlicht werden durch

1. den Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanwälten,

2. die Posener Zeitung,

3. die Ostdutsche Presse,

4. das Mogilnoer Kreisblatt (Tremessener Zeitung.)

Die Bekanntmachungen betreffend kleinerer Genossenschaften werden lediglich im Deutschen Reichsanzeiger und im Mogilnoer Kreisblatt (Tremessener Zeitung) erfolgen.

16201

Tremesien, den 2. Dez. 1893.

Königliches Amtsgericht.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns J. Kabacek zu Mogilno ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermint auf den

3. Januar 1894,

Vormittags 9 Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 8, bestimmt. — N. 2/93. 16200

Mogilno, d. 6. Dezembr. 1893.

Praski, Assistent, für den

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

HANS HOTTERNROTH, General-Agent, HAMBURG.

Die zur Anton Kromolickischen Konkursmasse gehörigen Befände an 16212

Tuchen, Anzugs-

u. Futterstoffen &c.

werden von jetzt an im bis-

herigen Geschäftsalat

Jesuitenstraße Nr. 12

ausverkauft.

Paul Hill,
Verwalter.

Verkäufe + Verpachtungen

Eine über 300 Morg. große Landwirtschaft, bestehend aus Ackerland, Wald u. Wiese, nebst Viehbetrieb, steht unt. günst. Beding. sof. zu verkaufen. Gesl. Offert. bitte unt. Chiffre „A. R.“ postl. Neuzaatum zu richten.

Ein kleines aber gut gehendes Speditions- u. Kohlengeschäft in einer Provinzialstadt mit Garnison, ist wegen Erdbebung des Bestellers sofort billig veräußert. Zur Übernahme sind ca. 3000 Mark erforderlich. Selbstredet. bel. off. sub M. 35 in d. Expedition d. Blattes abzugeben.

Mühle. 16202
Handelsmühle Wöllsdorf b. Döbeln i. Sachs., 1/4 St. v. Bahnst., Nähe vieler gr. Städte u. in ge- treider. Geg. ist Erbtheil wegen sehr preisw. z. verl. Tgl. Leistung 13—16 Wsp. Offert. an W. Biermann, Berlin. Potsdamerstr. 131.

BÉNÉDICTINE

LIQUEUR DES ANCIENS BÉNÉDICTINS
De L'ABBAYE DE FÉCAMP
(France)



Aerztlich empfohlen.
Aerztlich empfohlen.

A. Legrand aini

Vortrefflich, tonisch, den Appetit und die Verdauung befördernd.

Man achte darauf, dass sich auf jeder Flasche die vierseitige Etiquette mit der nebenstehenden Unterschrift des General-Directors befindet. Nicht allein jedes Siegel, jede Etiquette, sondern auch der Gesamteindruck der Flasche ist gesetzlich eingetragen und geschützt. Vor jeder Nachahmung oder Verkauf von Nachahmungen wird mithin ernstlich gewarnt und zwar nicht allein wegen der zu gewährten gesetzlichen Folgen, sondern auch hinsichtlich der für die Gesundheit zu befürchtenden Nachtheile, welchen sich der Konsument aussetzen würde.

Die Nachbenannten verpflichteten sich schriftlich, keine Nachahmungen unserer allein ächten Bénédicteine zu verkaufen:

Posen: Jacob Appel. J. N. Leitgeber, Gr. Gerberstr. 16.

A. Pfitzner, Alter Markt 6. S. Samter jr. W. Becker, Wilhelmsplatz 14. Eduard Feckert jr. Nachf. S. A. Scholtz in Lissa.

HANS HOTTERNROTH, General-Agent, HAMBURG.

Mittwoch, den 13. Dezbr.,

Vormittags 11 Uhr,

findet auf dem Gutshofe in Borowko bei Czempin der

16226

Verkauf von ca. 15

ausrangirten Pferden

statt.

von Delhaes'sche
Güter-Bewaltung.

Ein 3jähriger Bulle

ca 15 Ctr. schwer u. 2 gut ange-

fleckte Kühe sieben zum Verkauf.

Dom. Kłodzisko v. Wronke.



Remontoir-Uhr No. 50
gutes 30 stündiges
Werkt mit echter Nadel-
seite, gar. gut gehend.
Umtausch gestattet.

Preis 7 Mark.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein guterhaltener Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu

verkaufen St. Martin 28 III Iff.

Geg. Nachr. Altm. Catal. 10 Pf.

Louis Lehrfeld, Pforzheim.

unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle

für Uhren und Goldwaren.

Ein gut erhaltenes Reise-

Schuppenvelz ist preiswert zu